

Geschäftsbericht

der

Sparkasse Einbeck

gegründet 1830

für das Jahr 2017

- 188. Geschäftsjahr -

Inhaltsverzeichnis

	Seite
LAGEBERICHT	
Grundlagen der Sparkasse und Geschäftsmodell	3
Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Branche	4
- Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	
- Entwicklung im Geschäftsgebiet	
- Entwicklung der Kreditwirtschaft	
- Entwicklung des Zinsniveaus	
- Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen	
Geschäftsentwicklung	9
- Geschäftsentwicklung auf einen Blick	
- Bilanzsumme und Geschäftsvolumen	
- Aktivgeschäft	
- Passivgeschäft	
- Dienstleistungen und außerbilanzielle Geschäfte	
- Nicht bilanzielle Leistungsindikatoren	
Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage	17
- Vermögenslage	
- Finanzlage	
- Ertragslage	
Nachtragsbericht	22
Risikobericht	23
- Grundlagen	
- Geschäfts- und Risikostrategie	
- Risikomanagement	
- Einlagensicherung	
Prognosebericht (einschl. Chancenbericht)	40
JAHRESABSCHLUSS 2017	45
BERICHT DES VERWALTUNGSRATES	76

LAGEBERICHT

Grundlagen der Sparkasse und Geschäftsmodell

Die Sparkasse ist gemäß § 3 NSpG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbandes Niedersachsen (SVN), Hannover, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV), Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Göttingen unter der Nummer A 130882 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der „Sparkassenzweckverband Sparkasse Einbeck“ dem die Stadt Einbeck und der Landkreis Northeim als Verbandsmitglieder angehören. Geschäftsgebiet unserer Sparkasse ist das Gebiet des kommunalen Trägers.

Die Sparkasse ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Niedersachsen dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Dieses Sicherungssystem ist von der BaFin als Einlagensicherungssystem nach dem EinSiG anerkannt worden.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Vorstand besteht aus zwei Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung und vertritt die Sparkasse gerichtlich und außergerichtlich. Der Verwaltungsrat besteht aus der Vorsitzenden und elf weiteren Mitgliedern. Der Verwaltungsrat berät den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse für ihr Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, insbesondere des Mittelstands mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt in ihrem Geschäftsgebiet die kommunale Aufgabenerfüllung des Trägers im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Dieser öffentliche Auftrag ist im Sparkassengesetz des Landes Niedersachsen niedergelegt und prägt unser gesamtes Geschäftsmodell. Wir handeln nicht ausschließlich gewinn-, sondern auch gemeinwohlorientiert.

Zum 31. Dezember 2017 unterhalten wir neben der Hauptstelle insgesamt drei Filialen und zwei SB-Filialen.

Wir arbeiten rentabel, um unsere Kapitalbasis für die Zukunft zu stärken. Erträge, die wir nicht zur Stärkung unseres Eigenkapitals verwenden, fließen in die Region zurück zur Finanzierung gesellschaftlich wichtiger Projekte und Strukturen. Als Sparkasse fördern wir mit unserer Geschäftstätigkeit verlässlich die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Region.

Wir verwenden die Einlagen unserer Kunden zur Refinanzierung von Krediten an Unternehmen, private Personen und Kommunen in der Region. Wir ermöglichen auch wirtschaftlich schwächeren Personen die Teilnahme am Wirtschaftsleben, stellen Basis-Bankdienstleistungen für jedermann bereit und geben Kleinkredite zu fairen und verlässlichen Konditionen.

Wir verfolgen eine verantwortungs- und risikobewusste Geschäftspolitik. Wir refinanzieren uns hauptsächlich über unsere Einlagen oder im Interesse unserer Kunden bei Förderbanken. Wir kennen unsere Kunden persönlich und betreuen sie langfristig, deshalb fördern wir Investitionen mit Maß und Weitblick. Unsere geschäftspolitischen Ziele machen wir transparent. Wir verhalten uns fair und beachten die gesetzlichen Vorgaben.

Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele sind in einer Geschäftsstrategie niedergelegt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie beschlossen. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Branche

- Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Deutschland erreichte laut der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent. Dieses wurde vor allem von der Binnenwirtschaft getragen, doch auch der deutsche Außenhandel konnte erneut einen Wachstumsanteil beisteuern. Sowohl die Exporte als auch die Importe erhöhten sich mit preisbereinigten Raten von 4,7 bzw. 5,2 Prozent sehr deutlich. Der reale Außenbeitrag legte per Saldo zu und steuerte 0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Der Außenhandelsüberschuss Deutschlands, der vor allem ein Marktergebnis und nicht Ausdruck wirtschaftspolitischer Interventionen ist, blieb somit 2017 auf seinem sehr hohen Niveau.

2017 war auch geprägt von einer verstärkten Investitionstätigkeit der Unternehmen, die jedoch erst recht spät ansprang, trotz der seit Jahren ungewöhnlich günstigen Finanzierungssituation. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhten sich real um 3,0 Prozent, wovon die Ausrüstungsinvestitionen mit einem realen Zuwachs von 3,5 Prozent den größten Teil ausmachten. Aber auch die Bauinvestitionen legten mit 2,6 Prozent deutlich zu, darunter mit 3,1 Prozent die Teilkomponente Wohnbauten überproportional.

Der private Konsum hat sich 2017 real um 2,0 Prozent ausgeweitet und ist somit in annähernd gleichem Tempo wie schon im vorangegangenen Jahr gewachsen. Die Sparquote der privaten Haushalte blieb trotz anhaltend niedriger Zinsen konstant bei 9,7 Prozent. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war gut, was sich in einer hohen Arbeitsplatzsicherheit und allmählich stärker in Lohnsteigerungen niederschlägt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2017 um rund 1,5 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote ist im Mittel des Jahres auf 5,7 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand Gesamtdeutschlands seit der Wiedervereinigung gesunken.

- Entwicklung im Geschäftsgebiet

Das von der Sparkasse Einbeck versorgte Geschäftsgebiet umfasst die Stadt Einbeck ohne das ehemalige Gemeindegebiet Kreiensen und die Stadt Dassel ohne die Kernstadt sowie den Ortsteil Relliehausen. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich soweit möglich auf dieses Gebiet.

Die heimischen Unternehmen zeigten sich im zurückliegenden Jahr insgesamt gesehen in einer guten Verfassung. Die wirtschaftlich guten Vorgaben haben die Investitionstätigkeit unterstützt. Dabei wurden sowohl Ersatz- als auch Erweiterungsinvestitionen getätigt. Mit den Maßnahmen wurde die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen gestärkt. Die Impulse am heimischen Arbeitsmarkt waren spürbar.

Die regionalen Bauunternehmen und Handwerksbetriebe konnten neben vielen privaten Aufträgen von einigen größeren gewerblichen Bauprojekten profitieren.

Die Arbeitslosenquote in der zur Agentur für Arbeit in Göttingen gehörenden Geschäftsstelle Einbeck, die die Städte Einbeck und Dassel umfasst, betrug zum Jahresende 2017 6,1 %. Sie liegt damit um 0,4 %-Punkte unter dem Vorjahreswert. Die Zahl der Arbeitslosen ist um 74 auf 1.313 Personen gesunken. Die regionale Arbeitslosenquote liegt aber weiterhin sowohl über dem in der Agentur für Arbeit Göttingen festgestellten Durchschnitt als auch über dem Bundesdurchschnitt.

Die Kaufkraft im Geschäftsgebiet hat sich weiter verbessert. Sie liegt mit 98,0 % (Vorjahr 96,3 %) um 1,7 %-Punkte über dem Vorjahreswert. Der Bundesdurchschnitt ist somit noch nicht ganz erreicht.

Der Bevölkerungsrückgang im Geschäftsgebiet hat sich verstärkt fortgesetzt. Zum Jahresende betrug die Einwohnerzahl im Geschäftsgebiet 33.853. Dies waren 398 Einwohner weniger als im Vorjahr.

In den zurückliegenden Jahren sind die Immobilienpreise in ländlichen Regionen zum Teil deutlich gesunken. Durch eine stärkere Sachwertorientierung hat sich hier die Nachfrage verbessert und die Preise haben sich stabilisiert. In der Kernstadt Einbeck sind die Preise moderat gestiegen. Die Nachfrage nach Bauplätzen hat sich spürbar belebt.

- Entwicklung der Kreditwirtschaft

Das Drei-Säulensystem der deutschen Kreditwirtschaft - bestehend aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken - hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, dass sich alle Kreditinstitute den Anforderungen eines wachsenden Wettbewerbs permanent anpassen mussten. Dieser Anpassungsdruck führte auch dazu, dass den Kunden in Deutschland qualitativ hochwertige Finanzdienstleistungen zu attraktiven Preisen angeboten werden. Der intensive Wettbewerb führte mit dem aggressiven Marktauftritt der Direktbanken zu einem erhöhten Margendruck. Wir stellen uns diesem Wettbewerb mit dem aktiven Angebot einer ganzheitlichen, auf die persönlichen Wünsche und Anforderungen unserer Kunden abgestellten Beratung sowie mit innovativen Anlageprodukten und einem ständig optimierten Internetauftritt. So profitiert letztendlich der Verbraucher von dem Wettbewerb, den die bewährten kreditwirtschaftlichen Strukturen in Deutschland ermöglichen.

Die Sparkassen-Finanzgruppe ist einerseits regional verwurzelt und dezentral organisiert; andererseits verfügt sie über einen leistungsstarken Verbund mit erfolgreichen überregionalen Partnern. Diese effiziente Arbeitsteilung ermöglicht es, unseren Kunden auch künftig die gesamte Breite der Finanzdienstleistungen flächendeckend anzubieten.

In der Kreditwirtschaft setzt sich die Entwicklung der vergangenen Jahre fort. Prägend bleiben der sich kontinuierlich verschärfende regulatorische Rahmen und die Bedingungen des Marktes mit niedrigen Zinsen, zunehmendem Wettbewerb und den Herausforderungen der Digitalisierung. Die vorgenannten Rahmenbedingungen sorgen für einen Rückgang der Erträge auf der einen und gleichzeitig für einen Anstieg der Kosten auf der anderen Seite. Dies führt zu Anpassungszwängen in der Kreditwirtschaft.

- Entwicklung des Zinsniveaus

Die EZB hat ihre Leitzinsen 2017 unverändert gelassen. Die Verzinsung für Guthaben der Geschäftsbanken auf der Einlagefazilität und für Überschussreserven lag damit noch immer bei der schon seit März 2016 geltenden Negativverzinsung von -0,4 Prozent. Auch die Ankaufprogramme von Wertpapieren wurden fortgesetzt, zunächst erfolgten Nettokäufe von 80 Mrd. Euro monatlich, ab April 2017 von 60 Mrd. Euro monatlich. Für 2018 hat die EZB die Fortsetzung ihres expansiven Kurses bereits angekündigt. Ihre Anleihekäufe wird sie bis mindestens September fortsetzen, wenn auch mit einem reduzierten monatlichen Kaufvolumen. Erst nach Ende der Netto-Käufe will sie an eine Änderung der Leitzinsen gehen. Ein Ende der Niedrigzinsphase ist im Euroraum weiterhin nicht in Sicht.

Das Zinsniveau im Jahr 2017 war sowohl in den kurzen Laufzeitbereichen als auch bei den längeren Laufzeiten fast konstant.

- Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen

Auch in 2017 wurden vom Gesetzgeber weitere Regulierungsmaßnahmen in Kraft gesetzt, die die Kreditwirtschaft weiter belasten.

Ende Dezember 2016 haben die BaFin und die Deutsche Bundesbank eine Allgemeinverfügung zur Unterlegung von Zinsänderungsrisiken erlassen. Seit Beginn des Jahres 2017 sind die Kreditinstitute dadurch aufgefordert, einen Eigenmittelzuschlag für das Zinsänderungsrisiko quartalsweise zu berechnen und zu melden. Die Verfügung gilt für alle nicht systemrelevanten Banken, die noch keinen SREP-Bescheid erhalten haben. Dieser SREP-Kapitalzuschlag dient ebenfalls der Unterlegung des Zinsänderungsrisikos sowie weiterer wesentlicher Risiken, die von der BaFin definiert werden. Daneben werden weitere Eigenmittelanforderungen zur Unterlegung von Risiken in Stresssituationen festgelegt. Die Deutsche Bundesbank wird für die unter ihrer Aufsicht stehenden Kreditinstitute die SREP-Kapitalzuschläge bis 2018 festsetzen. Für unser Haus wurde im Jahr 2016 durch die BaFin im Rahmen von SREP der Kapitalzuschlag bereits festgesetzt.

Seit dem 30. Juni 2017 sind alle Kreditinstitute verpflichtet, im Rahmen des FINREP-Meldewesens quartalsweise umfangreiche Finanzdaten über die Deutsche Bundesbank an die Europäische Zentralbank einzureichen. Hierdurch wurde der Umfang der zu meldenden Daten deutlich erweitert. Für die Kreditinstitute ist somit ein deutlich höherer Ressourceneinsatz die Konsequenz.

Am 26. Juni 2017 ist das neue Geldwäschegesetz (GwG) in Kraft getreten. Das völlig neu systematisierte und im Umfang deutlich erweiterte Gesetz führt zu einem hohen Umsetzungsaufwand in den Kreditinstituten.

Die BaFin hat am 27. Oktober 2017 die seit langem erwartete finale Fassung der novellierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgelegt. Das Rundschreiben tritt mit Veröffentlichung in Kraft. Während Klarstellungen umgehend anzuwenden sind, gilt für sogenannte Neuerungen eine Umsetzungsfrist bis 31. Oktober 2018.

Am 3. November 2017 hat die BaFin darüber hinaus Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT von Banken (BAIT) veröffentlicht. Wie die Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk), interpretieren auch die BAIT die gesetzlichen Anforderungen des § 25a Absatz 1 Satz 3 Nr. 4 und 5 Kreditwesengesetz (KWG). Sie sind ab ihrer Veröffentlichung in Kraft und stellen den zentralen Baustein für die IT-Aufsicht über den Bankensektor in Deutschland dar.

Geschäftsentwicklung

- Geschäftsentwicklung auf einen Blick

	Bestand in		Veränderung			Bestand in % des Geschäftsvolumens	
	31.12.	31.12.	Berichts-	Berichts-	Vorjahr	31.12.	31.12.
	Berichts-	Vorjahr	jahr	jahr	%	Berichts-	Vorjahr
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%	%	%	%
Geschäftsvolumen	555,4	544,5	10,9	2,0	0,4	-	-
Bilanzsumme	549,7	537,9	11,8	2,2	0,5	-	-
Kreditvolumen	281,1	269,9	11,2	4,1	3,7	50,6	49,6
<i>davon:</i>							
Forderungen an Kunden	275,4	263,3	12,1	4,6	3,9	49,6	48,3
Avalkredite	5,7	6,6	-0,9	-13,6	-5,7	1,0	1,2
Forderungen an Kredit- institute	9,4	10,7	-1,3	-12,1	-58,0	1,7	2,0
Wertpapiervermögen	247,8	240,9	6,9	2,9	2,4	44,6	44,2
<i>davon:</i>							
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	106,4	111,6	-5,2	-4,7	-1,9	19,1	20,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	141,4	129,3	12,1	9,4	6,5	25,5	23,7
Kundeneinlagen	438,3	415,8	22,5	5,4	-0,3	78,9	76,4
<i>davon:</i>							
Spareinlagen	232,6	230,0	2,6	1,1	-0,5	41,9	42,2
Sparkassenbriefe	29,8	38,0	-8,2	-21,6	-20,8	5,4	7,0
Sichteinlagen und Tagesgel-	170,9	143,0	27,9	19,5	9,7	30,8	26,3
der							
Termineinlagen	5,0	4,8	0,2	4,2	-36,8	0,9	0,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46,6	60,7	-14,1	-23,2	0,0	8,4	11,1
Sicherheitsrücklage zuzüglich Fonds für allgemeine Bankrisiken	51,4	48,1	3,3	6,9	5,5	9,3	8,8

- Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir unsere Geschäftsentwicklung als zufriedenstellend. Unseren Annahmen entsprechend, konnte die Bilanzsumme ausgeweitet werden. Ursächlich hierfür war auf der Aktivseite eine Ausweitung der Forderungen an Kunden und in geringerem Maß eine Erhöhung des Wertpapiervermögens. Auf der Passivseite konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden deutlich ausgeweitet werden, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in geringerem Umfang reduziert wurden. Die Bilanzsumme ist von 537,9 Mio. EUR auf 549,7 Mio. EUR gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 2,2 %. Das Geschäftsvolumen hat sich um 10,9 Mio. EUR bzw. 2,0 % auf 555,4 Mio. EUR erhöht.

Wir sind das einzige selbstständige Kreditinstitut in der Region und konnten unsere Marktführerschaft behaupten.

- Aktivgeschäft

• Kreditgeschäft

Auch aufgrund der positiven wirtschaftlichen Vorgaben haben die regionalen Unternehmen investiert und die Forderungen an Kunden konnten nicht nur wie erwartet gehalten sondern sogar ausgeweitet werden. Sie liegen mit 275,4 Mio. EUR um 12,1 Mio. EUR über dem Vorjahresbestand (263,3 Mio. EUR). Wie im Vorjahr konnte eine spürbare Bestandssteigerung erreicht werden. Die prozentuale Erhöhung übertraf den Wert des Vorjahres wie auch die Entwicklung im Durchschnitt der Sparkassen des niedersächsischen Verbandsgebiets. Auslöser hierfür war ein gutes gewerbliches Kreditgeschäft sowie die Erhöhung der Schuldscheindarlehen. Dabei konnten die kurzfristigen Forderungen absolut am stärksten ausgeweitet werden. Bei den privaten Kreditnehmern konnte der Kreditbestand ebenfalls ausgeweitet werden. Im Wohnungsbaubereich lagen die Neuzusagen über dem schon hohen Niveau des Vorjahres. Hier konnte der Bestand ausgeweitet werden. Bei den Konsumentenkrediten haben die Neuzusagen nicht ausgereicht um den Bestand zu halten. Die Avalkredite sind von 6,6 Mio. EUR auf 5,7 Mio. EUR zurückgegangen. Das Kreditvolumen ist insgesamt um 11,2 Mio. EUR auf 281,1 Mio. EUR gestiegen.

• Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute sind von 10,7 Mio. EUR auf 9,4 Mio. EUR gesunken. Der Rückgang resultiert aus einem Abbau der Festgeldanlagen und Darlehen.

- *Wertpapiervermögen*

Das Wertpapiervermögen wurde um 6,9 Mio. EUR auf 247,8 Mio. EUR nochmals aufgestockt. Ein wesentlicher Teil der Anlagen wird in zwei Spezialfonds gehalten. Die Bilanzposition „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ist im Berichtsjahr durch Fälligkeiten, die aufgrund der aktuellen Zinssituation nicht wieder in vollem Umfang im festverzinslichen Bereich angelegt wurden, um 5,2 Mio. EUR auf 106,4 Mio. EUR gesunken. Die unter der Bilanzposition „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ zusammengefassten Anlagen wurden im Berichtsjahr um 12,1 Mio. EUR auf 141,4 Mio. EUR weiter aufgestockt. Wesentlich hierfür war die Ausweitung von Immobilienfondsanlagen.

- *Beteiligungen/Anteilsbesitz*

Der Anteilsbesitz der Sparkasse ist von 5,2 Mio. Euro auf 4,7 Mio. Euro gesunken. Die Veränderung in Höhe von 0,5 Mio. Euro resultiert aus einer Abschreibung auf die Beteiligung am Sparkassenverband Niedersachsen.

- Passivgeschäft

- *Kundeneinlagen*

Der Gesamtbestand der bilanziellen Kundeneinlagen hat sich spürbar um 22,5 Mio. EUR auf 438,3 Mio. EUR erhöht. Der Bestand ist damit entgegen den Erwartungen gestiegen. Die prozentuale Steigerung lag sowohl über dem Vorjahr als auch über dem Durchschnitt der niedersächsischen Sparkassen. Der Trend zu kurzfristigen Anlagen ist weiterhin deutlich erkennbar. Die Sichteinlagen und Tagesgelder sind um 27,9 Mio. EUR auf 170,9 Mio. EUR gestiegen. Neben Zuflüssen aus fälligen Sparkassenbriefen von Privatpersonen haben hier auch Unternehmen überschüssige Liquidität angelegt. Bei den Sparkassenbriefen hat sich entsprechend ein Bestandsrückgang von 8,2 Mio. EUR auf 29,8 Mio. EUR ergeben. Die Spareinlagen sind um 2,6 Mio. EUR auf 232,6 Mio. EUR gestiegen und die Termineinlagen liegen mit 5,0 Mio. EUR um 0,2 Mio. EUR über dem Vorjahresbestand.

- *Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten*

Den wesentlichen Anteil an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilden Weiterleitungsmittel, die in Verbindung mit gewährten Förderkrediten stehen. Sie sind gegenüber dem Vorjahr etwas gesunken. Die täglichen fälligen Verbindlichkeiten auf Verrechnungskonten wurden aufgrund der Mittelzuflüsse aus dem Kundengeschäft deutlich reduziert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insgesamt von 60,7 Mio. EUR auf 46,6 Mio. Euro gesunken.

- Dienstleistungen und außerbilanzielle Geschäfte

• Dienstleistungen

Das Geschäftsjahr 2017 war durch ein gutes Wertpapiergeschäft geprägt.

Die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft waren erfreulich und lagen über den Erwartungen. Der Schwerpunkt des Interesses lag neben den Investmentfondanlagen eindeutig bei den festverzinslichen Wertpapieren. Der Beratungsprozess Anlageberatung, der einen umfangreichen und qualitativ hochwertigen Beratungsansatz sicherstellt, hat das Wertpapiergeschäft unterstützt. Insgesamt haben die Kunden mehr Wertpapiere gekauft als verkauft. Dadurch und durch die positive Kursentwicklung hat sich der von Kunden gehaltene Wertpapierbestand positiv entwickelt.

Der Absatz von Bausparverträgen lag spürbar unter den Erwartungen. Sowohl bei der Anzahl der vermittelten Verträge als auch bei der addierten Bausparsumme mussten nochmals Rückgänge hingenommen werden.

Wie erwartet sind die Erträge aus der Versicherungsvermittlung rückläufig gewesen. Der Vertrieb von Lebensversicherungen ist spürbar zurückgegangen. Insbesondere die Vermittlung von Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag war nicht so erfolgreich wie geplant.

Bei der Immobilienvermittlung haben wir, wie erwartet, unsere vertriebliche Stärke nutzen können. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen, insbesondere aufgrund von Angebotsengpässen, lagen sowohl das Vermittlungsvolumen als auch die Erträge über dem Vorjahresniveau.

• Derivate

Derivative Finanzinstrumente dienen ausschließlich der Sicherung eigener Positionen sowie der Kundengeschäfte und nicht spekulativen Zwecken. Nähere Informationen zu den Kontrakten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

• Eigenhandel

Eigenhandelsgeschäfte wurden im Jahr 2017 nicht getätigt.

- Nicht bilanzielle Leistungsindikatoren

• *Produktpolitik*

Einem aufgrund der zunehmenden Digitalisierung veränderten Kundenverhalten begegnen wir mit entsprechenden Angeboten, insbesondere für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

• *Investitionen*

Die technischen und baulichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung unseres neuen Vertriebskonzepts einschließlich der Erweiterung unseres Selbstbedienungsangebots bildeten im zurückliegenden Jahr einen besonderen Investitionsschwerpunkt. Die Neugestaltung unserer Kundenhalle wurde im Jahr 2017 weitestgehend abgeschlossen. Die Rentabilitätsauswirkungen aus dieser Maßnahme sind vertretbar und führen aus heutiger Sicht nicht zur Einengung des geschäftspolitischen Spielraums im laufenden Geschäftsjahr oder in den Folgeperioden.

• *Personal- und Sozialbereich*

Die Gesamtzahl der Beschäftigten entwickelte sich wie folgt:

31. Dezember 2017	31. Dezember 2016	
71	74	Vollzeitkräfte
49	48	Teilzeitkräfte
11	13	Auszubildende
131	135	Gesamt

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter verringert. Während die Zahl der Vollzeitkräfte gesunken ist, wurden die Teilzeitkräfte leicht aufgestockt. Die regulatorischen Vorgaben erfordern Ressourcen, die den Personalabbau einschränken. Auch zukünftig verfolgen wir das Ziel einer sukzessiven und moderaten Personalreduzierung, um gravierende Einschnitte im Personalbereich zu vermeiden. Wir arbeiten weiterhin daran, die Personalressourcen noch besser zu steuern und die Produktivität zu verbessern. Wir flankieren diesen Weg, indem wir unsere Geschäftsprozesse kontinuierlich optimieren und wo möglich und sinnvoll Standardlösungen einsetzen. Um einen sozialverträglichen Stellenabbau zu erreichen, haben wir zusätzliche Anreize für den Abschluss von Altersteilzeitverträgen geschaffen. Dieses Angebot wurde gut angenommen.

Die Mitarbeiterführung hatte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr einen hohen Stellenwert. Mit allen Führungskräften und Mitarbeitern wurden Zielgespräche geführt und so die Erreichung der gesetzten Unternehmensziele unterstützt.

Die immer vielschichtigeren Aufgaben, gesetzliche und andere regulatorische Anforderungen, komplexe Produkte und ein hoher Beratungsanspruch unserer Kunden stellen große Anforderungen an die Fach- und Sozialkompetenz unserer Mitarbeiter. Eine individuelle Stärken- und Schwächenanalyse bei unseren Mitarbeitern und darauf aufbauend eine unterstützende Förderung ist eine wichtige Personalentwicklungsmaßnahme. Die umfangreichen Aus-, Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen haben wir in unserem Berufsbildungsprogramm für die Mitarbeiter gebündelt. So wird das notwendige Wissen vermittelt bzw. aktualisiert.

Die Ausbildungsquote (Anzahl der Auszubildenden im Verhältnis zum Gesamtpersonalbestand) liegt bei 8,4 %. Sie hat sich im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächt, liegt aber weiterhin deutlich über der Ausbildungsquote im privaten Bankgewerbe. Die überdurchschnittliche Ausbildungsquote ist für uns nicht nur Zukunftsvorsorge sondern auch gelebte gesellschaftliche Verantwortung. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müssen wir uns als attraktiver Arbeitgeber und interessanter Ausbildungsbetrieb profilieren. Nur so können wir auch weiterhin gute Auszubildende für unser Haus gewinnen. Eine Kooperation mit den Berufsbildenden Schulen Einbeck wurde erfolgreich fortgesetzt. Wir sind sicher, auch in Zukunft qualifizierte Auszubildende gewinnen zu können. Im Jahr 2017 haben insgesamt vier Auszubildende ihre Ausbildung erfolgreich beendet und drei konnten in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Ein Nachwuchsförderprogramm sorgt dafür, dass junge, motivierte Mitarbeiter mit Potenzial gute Entwicklungsmöglichkeiten haben und an die Sparkasse gebunden werden.

Es werden verschiedene flexible Arbeitszeitmodelle angeboten. So wird ein Ausgleich zwischen betrieblichen und persönlichen Interessen geschaffen. Das Angebot reicht von der variablen Arbeitszeit, home-office Arbeitsplätzen, sehr unterschiedlich ausgeprägten Teilzeitangeboten bis zur Altersteilzeit, die von 16 Mitarbeitern genutzt wird.

Bereits seit vielen Jahren gibt es im Haus ein finanzielles Anreizsystem. Dieses beinhaltet unter anderem eine Sparkassensonderzahlung auf Grundlage des TVöD. Die variablen Vergütungsbestandteile sind insgesamt erfolgs- und leistungsorientiert ausgerichtet. Durch ein breites, ausgewogenes und an den Kundeninteressen ausgerichtetes Zielsystem werden Fehlanreize ausgeschlossen. Der im Haus gültige Grundsatz „Leistung soll sich lohnen“ hat damit ein breites Fundament.

Allen Beschäftigten gebührt für ihren Einsatz und für die erbrachten Leistungen in einem von Veränderungen und Umstrukturierungen geprägten Jahr ein ganz besonderer Dank. Ebenso dankt der Vorstand dem Personalrat für die konstruktive Zusammenarbeit.

- *Kundenbeziehungen*

Wir verfolgen ein auf langfristige und partnerschaftliche Kundenbeziehungen ausgerichtetes Geschäftsmodell. Die ganzheitliche Beratung mit dem S-Finanzkonzept ist zentraler Baustein in der Kundenberatung. Dabei wird die aktuelle finanzielle Situation der Kunden analysiert und den Zielen und Wünschen gegenübergestellt. Zur Optimierung werden individuelle Lösungen und Produktbündel erarbeitet und mit dem Kunden besprochen. Eine im Jahr 2015 durchgeführte Bevölkerungsbefragung hat unseren hohen Anspruch an die Beratungsqualität bestätigt. Der Beratungsprozess Anlageberatung ergänzt diesen ganzheitlichen Ansatz. Im Prozess wird das individuelle Anlegerprofil ermittelt und darauf aufbauend ein Sollportfolio vorgeschlagen. Aus dem Soll/ Ist-Abgleich ergeben sich eventuell Handlungsempfehlungen. Mit diesem umfassenden Beratungsansatz stellen wir sicher, dass nur Anlageprodukte verkauft werden, die auch zur individuellen Ausrichtung der jeweiligen Kunden passen. Eine kurzfristige Ertragsoptimierung steht für uns nicht im Vordergrund. Lockvogelangebote, insbesondere für Neukunden, sind für uns ebenfalls nicht Bestandteil unserer Geschäftspolitik. Wir setzen vielmehr auf Kontinuität. Die vielfach bereits langjährige und umfassende Beratung der Kunden durch unsere engagierten und gut ausgebildeten Mitarbeiter hat zu engen Bindungen und ausgeprägten Vertrauensverhältnissen geführt. Im Berichtsjahr haben wir die im Vorjahr erarbeitete neue vertriebliche Konzeption weitestgehend umgesetzt. Für Beratungen stehen wir unseren Kunden flexibel auch über die Öffnungszeiten hinaus zur Verfügung. Die persönliche Beratung wird durch leistungsfähige und sich an den Kunden- und Markterfordernissen ausrichtenden Softwarelösungen unterstützt. Auch in Zukunft wollen wir uns mit umfangreichen Serviceangeboten, die wir mit dem Aufbau eines Kundenservicecenters weiter verbessert haben sowie hochwertigen und fairen Beratungsleistungen als Qualitätsanbieter profilieren und uns damit positiv von den Wettbewerbern abheben. Nur so können wir unsere starke Marktposition sichern und eventuell sogar ausbauen.

- *Umweltschutz*

Den Umweltschutz und eine umweltorientierte Unternehmensführung haben wir bereits seit vielen Jahren als verpflichtende Aufgabe in unserem Unternehmensleitbild verankert. Auch in unserer Geschäftsstrategie ist eine entsprechende Aussage enthalten. Die in Deutschland in Umsetzung befindliche Energiewende werden wir in der Region, wo immer möglich, aktiv begleiten. Als Finanzierer von nachhaltigen Energieprojekten und energetischen Sanie-

ungsmaßnahmen bieten wir individuelle Lösungen. Die Zukunftsfähigkeit unserer Region ist für uns elementar und deshalb engagieren wir uns in ausgeprägter Form.

- *Soziales Engagement*

Die regionale Entwicklung hat für uns einen ganz besonderen Stellenwert. Wir stellen uns deshalb nicht nur unserer geschäftlichen, sondern auch unserer sozialen Verantwortung und engagieren uns bei den unterschiedlichsten Initiativen, Maßnahmen und Projekten im Geschäftsgebiet. Auch in unserem Leitbild haben wir diese Ausrichtung fixiert. Dort heißt es: *„Die Region ist unser Markt und damit die Basis unserer Existenz, deshalb setzen wir alles daran, die Position unserer Stadt als Mittelzentrum zu fördern und die umliegenden Grundzentren in ihrer Entwicklung tatkräftig zu unterstützen.“* Wo immer möglich, versuchen wir die Entwicklung der Region nicht nur finanziell zu fördern, sondern auch aktiv und persönlich mitzugestalten.

Die Weiterentwicklung der Einbeck Marketing – Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Veranstaltungs- und Tourismusservice mbH – wird von uns eng begleitet. Die unter anderem für die Gestaltung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Einbeck zuständige Gesellschaft wird von der Sparkasse nicht nur finanziell sondern auch mit persönlichem Engagement maßgeblich unterstützt.

Das neue touristische Highlight in Einbeck, den PS-Speicher, unterstützen wir in vielfältiger Form.

Mit der Bürgerstiftung Einbeck haben wir in der Region einen zusätzlichen Impuls gesetzt. Sie trägt zu einer positiven Entwicklung in unserem Geschäftsgebiet bei.

Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

- Vermögenslage

	Mio. EUR		in % der Bilanzsumme	
	31.12. Berichtsjahr	31.12. Vorjahr	31.12. Berichtsjahr	31.12. Vorjahr
Forderungen an Kunden	275,4	263,3	50,1	48,9
Forderungen an Kreditinstitute	9,4	10,7	1,7	2,0
Wertpapiervermögen	247,8	240,9	45,1	44,8
Kundeneinlagen	438,3	415,8	79,7	77,3
davon:				
Spareinlagen	232,6	230,0	42,3	42,7
Sparkassenbriefe	29,8	38,0	5,4	7,1
Sichteinlagen und Tagesgelder	170,9	143,0	31,1	26,6
Termineinlagen	5,0	4,8	0,9	0,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46,6	60,7	8,5	11,3
Sicherheitsrücklage zuzüglich Fonds für allgemeine Bankrisiken	51,4	48,1	9,4	8,9

Bei den Strukturanteilen auf der Aktivseite der Bilanz ergaben sich keine bedeutsamen Veränderungen. Die größte Position sind nach wie vor die Forderungen an Kunden mit einem Anteil von 50,1 % (Vorjahr 48,9 %). Die Forderungen an Kreditinstitute wurden von 10,7 Mio. EUR auf 9,4 Mio. EUR zurückgeführt. Der relative Anteil hat sich damit auf 1,7 % (Vorjahr 2,0 %) reduziert. Das Wertpapiervermögen wurde auf 247,8 Mio. EUR (Position 5 und 6 der Aktivseite) erhöht. Der Bilanzsummenanteil wurde damit auf 45,1 % (Vorjahr 44,8 %) ausgeweitet. Im Vergleich zu den anderen niedersächsischen Sparkassen sind bei uns die Wertpapieranlagen überdurchschnittlich ausgeprägt, während die Forderungen an Kunden unterdurchschnittlich sind.

Die Kundeneinlagen sind die wesentlichen Positionen der Passivseite. Sie sind im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt überdurchschnittlich ausgeprägt. Das Volumen hat sich von 415,8 Mio. EUR auf 438,3 Mio. EUR spürbar erhöht. Der Bilanzanteil ist von 77,3 % auf 79,7 % gestiegen. Weitere nennenswerte Position der Passivseite sind die Verbindlichkei-

ten gegenüber Kreditinstituten, die im Vergleich zu den anderen Niedersächsischen Sparkassen unterdurchschnittlich sind. Der Anteil ist von 11,3 % auf 8,5 % gesunken.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Einzelheiten sind im Anhang, Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, dargelegt. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute haben wir Vorsorge gemäß §§ 340f und 340g HGB in bedeutender Höhe getroffen.

Bei den Wertpapieranlagen, die der Liquiditätsreserve zugeordnet sind, wenden wir das strenge Niederstwertprinzip an, während wir bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapieren das gemilderte Niederstwertprinzip nutzen. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, sind bedeutende stille Reserven enthalten.

Aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 365.162,55 EUR ist keine Ausschüttung an den Träger vorgesehen. Somit kann dieser in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zugeführt werden. Die Sicherheitsrücklage wird nach Zuführung 33.941.692,53 EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über einen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB über 17.450.000,00 EUR. Die im Berichtsjahr vorgenommene Zuführung resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresergebnis und teilweise aus der Umwandlung von Vorsorgereserven nach 340f HGB. Damit wurde das aufsichtsrechtliche Kernkapital gestärkt.

Die gemäß CRR ermittelte Gesamtkapitalquote als Relation der Eigenmittel zum Gesamtrisikobetrag, insbesondere bestehend aus Adressenrisiken, Marktpreisrisiken und operationellen Risiken beträgt 17,26 % (Vorjahr 17,13 %) und liegt damit deutlich über dem gesetzlich bzw. aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Wert von 8,0 % sowie dem als Mindestgröße festgelegten internen Zielwert von 13,85 %. Die Kernkapitalquote beträgt 15,11 % und übersteigt damit ebenfalls den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 6,00 % deutlich. Somit ist genügend Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung auch unter den bis 2019 deutlich steigenden Eigenmittelanforderungen vorhanden und die Risikotragfähigkeit ist für die Zukunft sichergestellt. Die Eigenmittelanforderungen wurden auch unter Berücksichtigung der kombinierten Kapitalpufferanforderung sowie der durch die BaFin im SREP festgelegten Kapitalzuschläge jederzeit eingehalten.

Die Vermögenslage unseres Hauses ist insgesamt geordnet.

- Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit unseres Hauses war aufgrund einer vorausschauenden sowie planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge im Geschäftsjahr 2017 jederzeit gegeben. Zur Überwachung und Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft besteht eine systematische Finanz- und Liquiditätsplanung. Die tägliche Disposition und die langfristige Liquiditätsvorschau basieren auf manuellen Aufzeichnungen, die feststehende Daten, aber auch Erwartungen berücksichtigen. Vierteljährlich wird eine Liquiditätsvorschau erstellt, die im Bereich Risikocontrolling analysiert wird. Sofern erforderlich, werden Maßnahmen zur Verbesserung der Liquidität vorgeschlagen, über deren Umsetzung der Vorstand entscheidet.

Die eingeräumten Kredit- bzw. Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und den Landesbanken wurden teilweise in Anspruch genommen. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben wurde in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Von der Möglichkeit, sich bei der Europäischen Zentralbank über Offenmarktgeschäfte zu refinanzieren, wurde kein Gebrauch gemacht. Es wurden kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte in Form von Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten vorgenommen, die jedoch am Jahresende zurückgeführt waren.

Die Vorschriften zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) waren stets erfüllt. Im Jahresverlauf bewegte sich die Auslastung in einer Bandbreite zwischen 2,28 und 3,37 und damit deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,00. Auch die ab dem 1. Oktober 2015 zu erfüllende Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) lag bei den monatlichen Meldestichtagen mit 140 % bis 486 % ebenfalls oberhalb des zum 31. Dezember 2017 zu erfüllenden Mindestwerts von 80 %. Die Liquiditätskennziffer (31. Dezember 2017: 2,81) und die LCR-Quote (31. Dezember 2017: 300 %) lagen somit im Berichtsjahr auch durchgängig über dem in unserer Risikostrategie festgelegten Mindestwerten von 1,50 bzw. 100 %. Damit ist die Liquidität im gesamten Geschäftsjahr 2017 als gut anzusehen. Auch die für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin. Weitere Angaben zu den Liquiditätsrisiken enthält der Risikobericht.

Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft auch für die absehbare Zukunft gesichert.

- Ertragslage

Darstellung nach der Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Zinsüberschuss (einschl. GV-Position 3)	11,9	11,8
Provisionsüberschuss	3,4	3,3
Verwaltungsaufwand		
a) Personalaufwand	-8,0	-8,3
b) Sachaufwand	-3,2	-2,9
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0,0	0,0
sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) (GV-Positionen 8, 11 und 12)	-1,2	-1,3
Ergebnis vor Bewertung	2,9	2,6
Bewertungsergebnis (GV-Positionen 14 und 15)	1,9	1,1
Ergebnis nach Bewertung	4,8	3,7
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340 g HGB	-2,9	-2,2
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0
Steuern	-1,5	-1,2
Jahresüberschuss	0,4	0,3

Der Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle. Er ist wie erwartet leicht gestiegen. Aufgrund von auslaufenden Zinsbindungen bzw. Fälligkeiten sind sowohl der Zinsertrag als auch der Zinsaufwand geringer ausgefallen. Der Rückgang bei den Zinsaufwendungen war etwas stärker ausgeprägt als bei den Zinserträgen. Die Zinserträge sind insbesondere durch deutlich geringere Zinseinnahmen aus den Forderungen an Kunden gesunken. Diese Reduzierung ist in erster Linie zinsbedingt. Bestandsbedingt haben sich sogar Erhöhungen ergeben. Bei den eigenen Wertpapieranlagen haben die bestandsbedingten höheren Zinseinnahmen die zinsbedingten Rückgänge mehr als kompensiert. Innerhalb der Zinsaufwendungen ergaben sich die wesentlichen Entlastungen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und in geringerem Maße bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einschließlich Weiterleitungsmitteln. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ist der Rückgang in erster Linie strukturbedingt. Die geringeren Zinsaufwendungen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind sowohl zins- als auch bestandsbedingt.

Insgesamt ist der Zinsüberschuss leicht von 11,8 Mio. EUR auf 11,9 Mio. EUR gestiegen.

Der Provisionsüberschuss lag mit 3,4 Mio. EUR etwas über dem Ergebnis des Vorjahres. Er hat sich damit etwas besser als erwartet entwickelt. Erfreulich entwickelten sich die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft mit Kunden, dem Girogeschäft, dem Kartengeschäft sowie der Immobilienvermittlung während die Erträge aus dem Versicherungs- und Bauspargeschäft erwartungsgemäß rückläufig waren.

Der Verwaltungsaufwand lag im Berichtsjahr unverändert bei 11,2 Mio. EUR. Während bei den Personalkosten Einsparungen erzielt werden konnten, sind die Sachkosten erwartungsgemäß gestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus erhöhten Aufwendungen für die Neugestaltung unserer Kundenhalle. Die Personalkosten sind von 8,3 Mio. EUR auf 8,0 Mio. EUR gesunken. Während der Aufwand für die Löhne und Gehälter leicht gestiegen ist, hat sich bei den sozialen Abgaben ein merklicher Rückgang ergeben. Hier haben sich insbesondere Entlastungen bei den Rückstellungszuführungen für Pensionsanwartschaften und Beihilfen aufgrund von Sondereffekten ergeben.

Beim Nettoergebnis des Handelsbestands waren wie im Vorjahr keine Beträge zu erfassen.

Der negative Saldo der sonstigen ordentlichen Aufwendungen und Erträge (einschl. Abschreibungen) ist von 1,3 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR leicht gesunken. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen haben sich nur wenig verändert. Spürbar erhöht haben sich die sonstigen betrieblichen Erträge. Hier haben sich ein Sonderertrag aus einem Gebäudeverkauf sowie die Auflösung von Pensionsrückstellungen aufgrund von Veränderungen bei den Pensionsempfängern positiv ausgewirkt. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen hat es ebenfalls einen merklichen Anstieg gegeben. Wesentliche Ursachen für den Anstieg waren eine Sonderumlage des Sparkassenverbandes Niedersachsen im Zusammenhang mit einer Verbundbeteiligung und eine Sonderbelastung aus der Neugestaltung der Kundenhalle. Aufgrund des angestrebten Personalabbaus ergaben sich ähnlich wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 0,7 Mio. Euro für abgeschlossene Altersteilzeitverträge.

Das Ergebnis vor Bewertung liegt mit 2,9 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR über dem Wert des Vorjahres.

Das Bewertungsergebnis ist entgegen unserer Erwartung weiterhin positiv. Es hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Sowohl im Kreditgeschäft als auch im Wertpapierbereich konnte ein Bewertungsertrag erzielt werden. Wertberichtigungen im Kreditgeschäft konnten durch entsprechende Auflösungen deutlich überkompensiert werden. Beim Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft haben Zuschreibungen bei Investmentfondsanteilen ihren Niederschlag gefunden. Eine Abschreibung im Beteiligungsportfolio hat das Ergebnis belastet. Eine Auflösung von Vorsorgereserven hat den Bewertungsertrag erhöht.

Das Ergebnis nach Bewertung liegt mit 4,8 Mio. EUR um 1,1 Mio. EUR über dem Vorjahresergebnis.

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB werden 2,9 Mio. EUR zugeführt.

Wir weisen einen etwas über dem Niveau des Vorjahres liegenden Jahresüberschuss aus. Das bilanzielle Ergebnis und die vorhandenen Eigenmittel sichern den notwendigen Kapitalbedarf unseres Hauses und lassen genügend Spielraum für die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Die gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,07 %.

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten „Betriebsvergleich“ der S-Finanzgruppe ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung des Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Das danach errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung beträgt 0,68 % (Vorjahr 0,77 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2017 und liegt relativ unter dem Durchschnitt der anderen niedersächsischen Sparkassen. Absolut liegt das Ergebnis über unseren Planungen und wird als zufriedenstellend eingestuft. Nach Berücksichtigung des im Vergleich mit den niedersächsischen Sparkassen deutlich besseren Bewertungsergebnisses (ohne Veränderung der Vorsorgereserven) wird ein überdurchschnittliches Betriebsergebnis nach Bewertung ausgewiesen, das eine ausreichende Dotierung des Eigenkapitals ermöglicht.

Vor dem Hintergrund der regionalen Besonderheiten, des niedrigen Zinsniveaus, der regulatorischen Anforderungen und des starken Konkurrenzdrucks haben wir damit ein gutes Ergebnis nach Bewertung erzielt.

Insgesamt gesehen sind die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Hauses geordnet und solide. Auch in Zukunft werden wir aus den erwirtschafteten Überschüssen eine angemessene Dotierung des Eigenkapitals vornehmen können.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Grundlagen

Ein systematisches institutionalisiertes Risikomanagement nimmt in der Geschäftspolitik unserer Sparkasse einen hohen Stellenwert ein. Maßgebliche Bestandteile unseres Risikomanagements sind die Festlegung von Strategien sowie die Einrichtung von Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung sowie zur Kommunikation von Risiken.

Geschäfts- und Risikostrategie

Im Leitbild unserer Sparkasse sind die wichtigsten Grundsätze der Geschäftspolitik definiert. Die in § 3 unserer Satzung festgelegten „Allgemeinen Grundsätze für die Geschäftspolitik der Sparkasse“ nehmen Bezug auf das Leitbild und ergeben so eine vernetzte, einheitliche geschäftspolitische Ausrichtung. Die Stärkung und Förderung der Region ist zentrale Aussage in unserem Leitbild. Ein Ziel unserer Sparkasse ist es, die Position unserer Stadt als Mittelzentrum zu fördern und die umliegenden Grundzentren in ihrer Entwicklung tatkräftig zu unterstützen.

Ausgehend von diesem Leitbild hat der Vorstand die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit in einer Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Daneben bestehen Unternehmensleitlinien in Form von Vertriebs- und IT-Konzepten, sowie einer Offenlegungsrichtlinie. Die Strategien und Unternehmensleitlinien werden jährlich überprüft und ggf. angepasst.

Über die jeweiligen Ziele im Zusammenhang mit den einzelnen Risikoarten wird in den folgenden Abschnitten berichtet.

Risikomanagement

- Organisation

Die Zuständigkeiten für das Risikomanagement sind eindeutig geregelt. Der Gesamtvorstand beschließt die Risikoausrichtung einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung, -überwachung und -kommunikation. Er trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Der bankaufsichtsrechtlich geforderten Funktionstrennung zwischen dem Markt- und dem Marktfolgebereich tragen wir in allen erforderlichen Bereichen, insbesondere bei der Abwicklung von Handelsgeschäften wie auch im Kreditgeschäft auf allen Ebenen Rechnung.

Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Risikomanagements und die Risikocontrollingfunktion werden durch den Bereich Betriebswirtschaft wahrgenommen, der organisatorisch von den Marktbereichen getrennt ist.

Die OE Betriebswirtschaft sowie die im Weiteren beteiligten Mitarbeiter der OE Kreditbearbeitung unterstehen dem Marktfolgevorstand und sind somit von den Bereichen getrennt, die Geschäfte initiieren bzw. abschließen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt der Leiterin der OE Betriebswirtschaft. Die Leiterin der Risikocontrolling Funktion ist bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen des Vorstands zu beteiligen. Zu diesen Entscheidungen gehören unter anderem die Entwicklung der Risikostrategie und von der Geschäftsstrategie abweichende Geschäfte. Die Aufgaben der Risikocontrolling-Funktion umfassen insbesondere die Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus sind die Mitarbeiter verantwortlich für die Durchführung der Risikoinventur, die Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen, eines Risikofrüherkennungsverfahrens, die laufende Überwachung der Risikosituation der Sparkasse und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits. Die Verwaltungsratsvorsitzende kann nach der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat unter Einbeziehung des Vorstands direkt Auskünfte bei der Leiterin der Risikocontrolling-Funktion einholen.

Die Sparkasse hat ein Strategieteam gebildet, dem neben dem Vorstand nahezu alle Bereichsleiter angehören. Das Strategieteam berät den Vorstand bei der Festlegung der Geschäfts- und Risikostrategie und tagt einmal im Jahr. Weiterhin ist ein Anlageausschuss eingerichtet, dem der Vorstand einschließlich Verhinderungsvertreter, der für den Handel zuständige Mitarbeiter, die Leiterin der Abteilung Betriebswirtschaft (gleichzeitig Inhaberin der Leitung Risikocontrolling-Funktion) und der Leiter der Kreditbearbeitung (gleichzeitig Verhinderungsvertreter) angehören. Der Anlageausschuss berät den Vorstand bei Anlageentscheidungen und bereitet einen Vorschlag zur Festlegung der Zinsmeinung vor. Im Geschäftsjahr 2017 haben insgesamt fünf Anlageausschusssitzungen stattgefunden.

Für den Abschluss und die Genehmigung von Geschäften gelten eindeutige Kompetenzregelungen. Vor Einführung neuer Produkte und vor Geschäftsabschluss in neuen Märkten sind geregelte Einführungsprozesse zu durchlaufen, sofern mit ihnen wesentliche Prozess- bzw. Strukturveränderungen verbunden sind.

Der Vorstand hat eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von Mitarbeitern der OE Betriebswirtschaft wahrgenommen werden. Insbesondere in der OE Betriebswirtschaft sind die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Ter-

rorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen und mit der Compliance-Funktion gemäß WphG zusammengefasst. Die Leiterin der OE Betriebswirtschaft als Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Die Interne Revision gewährleistet als Instrument des Vorstands die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar an den Vorstand. Neben der laufenden Berichterstattung werden der Vorstand und der Verwaltungsrat vierteljährlich informiert.

- Prozesse

Basis der Prozesse des Risikomanagements bildet das Risikohandbuch, das aus einer Bestandsaufnahme und Bewertung sämtlicher erkennbarer Risiken hervorgegangen ist (Risikoinventur). Das Risikohandbuch wird zeitnah angepasst. Im Risikohandbuch sind Ziele und Aufgaben des Risikomanagements, die Instrumente der Risikoerkennung sowie die eingesetzten Risikomessverfahren, die Risikosteuerung, die Risikoüberwachung und die Berichtspflichten in komprimierter Form beschrieben. Darüber hinaus sind die organisatorischen Einheiten, die an den Prozessen des Risikomanagements beteiligt sind, definiert. Grundsatz ist, dass jedes Risiko, abhängig von der Bedeutung für unsere Sparkasse, in geeigneter Weise laufend gesteuert und überwacht wird. Wo dies sinnvoll ist, sind Schwellenwerte festgelegt, bei deren Über- bzw. Unterschreitung ggf. Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen sind.

- Risikotragfähigkeit

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in der periodischen Sichtweise. Darin werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse hat.

Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der periodischen Sichtweise nach einem Going-Concern-Ansatz. Das Risikodeckungspotenzial wird auf Basis von Ergebnisgrößen, bilanzieller Eigenkapitalbestandteile, Vorsorgereserven und zum Stichtag vorhandener Zu- bzw. Abschreibungsbedarfe ermittelt. Das so ermittelte Risikodeckungspotenzial wird um die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen (Gesamtkapitalquote gem. Artikel 92 Abs. 1c zzgl. Aufschlag gem. Supervisory Review and Evaluation Process ergänzt um einen internen Sicherheitspuffer) reduziert und zur Deckung der Risiken bereitgestellt.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont 12 Monate rollierend. Als Risiko wird in dieser Sichtweise der erwartete und unerwartete Verlust verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen gemäß CRR als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht.

Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose, der bilanziellen Eigenkapitalbestandteile sowie der vorhandenen Reserven und der zum Stichtag vorhandenen Zu- bzw. Abschreibungsbedarfe wird eine Risikodeckungsmasse und daraus Limite für die wesentlichen Risikoarten abgeleitet. Auf die Limite werden die erwarteten und unerwarteten Verluste angerechnet. Auf das Risikodeckungspotenzial werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse, mit Ausnahme des Zahlungsunfähigkeits- und Marktliquiditätsrisikos, angerechnet. Dadurch wird gewährleistet, dass die Risiken jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden können.

- Stresstests

Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt.

Die Wirksamkeit der zur Risikoabsicherung und -minderung getroffenen Maßnahmen wird insbesondere anlässlich der jährlichen Überprüfung der Strategien danach beurteilt, ob die festgelegten Ziele erreicht worden sind. Darüber hinaus werden rechtzeitig geeignete Maßnahmen ergriffen, soweit sich Entwicklungen abzeichnen, die den Planungen zuwiderlaufen oder markante Risikoerhöhungen erwarten lassen.

- Kapitalplanung

Die Sparkasse hat einen Prozess zur Planung des zukünftigen Kapitalbedarfs eingerichtet. Der Planungsprozess umfasst einen Zeitraum von 3 Jahren. Aufgrund der erwarteten Geschäftsentwicklung bzw. der prognostizierten Ertragsentwicklung plant die Sparkasse sowohl die Entwicklung der regulatorischen als auch der wirtschaftlichen Eigenmittel. Aus den Plandaten lassen sich insbesondere die zukünftige Erfüllung der Kapitalquote nach der CRR

sowie das zukünftig zur Abdeckung von Risiken in der Risikotragfähigkeit zur Verfügung stehende interne Kapital ermitteln. Darüber hinaus werden u.a. adverse Entwicklungen simuliert.

- Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

Unter Risiko verstehen wir ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage unserer Sparkasse auswirken können. Dabei werden das Adressenausfallrisiko Kundenkreditgeschäft und Eigenanlagen, das Beteiligungsrisiko, das Marktpreisrisiko einschließlich Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko und Immobilienrisiko (nur Fonds), das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko einschließlich der Rechtsrisiken als wesentliche Risiken unterschieden. Für diese Risiken verfügen wir über ein Risikofrüherkennungssystem. Es gewährleistet, dass sich abzeichnende Risiken frühzeitig und laufend aufgezeigt und geeignete Maßnahmen ergriffen werden können.

- Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Darin wird zunächst das Kreditportfolio nach den wesentlichen strukturellen Merkmalen (Größenklassen, Branchen, Bonitätsklassen) analysiert. Daraufhin werden Aussagen zur angestrebten Diversifizierung des Portfolios getroffen. Insbesondere wird auf eine angemessene Streuung nach Branchen und Größenklassen sowie eine günstige Risikostruktur abgestellt. Ferner gibt sie vor, wie die Steuerung erfolgt und welche Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen sind.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in drei große Gruppen: Das Firmenkundengeschäft mit einem Anteil von 44,4 %, das Kommunalkreditgeschäft mit einem Anteil von 11,8 % und das Privatkundengeschäft mit einem Anteil von 43,8 %. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch in der Branchenverteilung wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an Dienstleistungsunternehmen mit rd. 15,4 % sowie an das Gewerbe "Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" mit rd. 9,9 %.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäftes. 65,7 % des Gesamtkreditvolumens betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von unter 1 Mio. EUR.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Ratingklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Ratingklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils von der SR GmbH validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value at Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 98 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Zum 31.12.2017 war fast das gesamte Bruttokundenkreditvolumen im Risikobewertungssystem erfasst. Davon waren 95,1 % den Ratingnoten 1 - 10 (Ausfallwahrscheinlichkeiten < 4%) zugeordnet. Die Anteile der Kredite mit Ratingklassen 11 bis 15c (Ausfallwahrscheinlichkeiten > 4%) betragen 2,5 % und mit Ausfallrisiken 2,4 %.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir das "OSPlus-Frühwarnsystem" ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden muss, dass die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen voraussichtlich

nicht gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen erbracht werden können. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 1.1.2017	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	3.875	153	926	439	2.663
Rückstellungen	65	0	45	0	20
PWB	679	12	0	0	691
Gesamt	4.619	165	971	439	3.374

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen: Größenkonzentrationen bei Einzelengagements mit nicht real-, kommunal- bzw. konsortialgedecktem Volumen größer 2,5 Mio. EUR und Branchenkonzentrationen bei Branchen größer 8 % des Kundenkreditgeschäftsportfolios aufgrund der regionalen Begrenzung des Geschäftsgebietes.

Um diese Konzentrationen zu begrenzen, haben wir Risikotoleranzen definiert und es werden Stresstestberechnungen durchgeführt. Die regionale Geschäftstätigkeit sehen wir als Bestandteil des öffentlichen Auftrags der Sparkasse und tolerieren diese.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratingklassen gut diversifiziert. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft ist weiterhin positiv. Es hat sich im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft von untergeordneter Bedeutung.

- Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer bonitätsbedingten Wertminderung des Unternehmenswertes. Beteiligungen finden Berücksichtigung in der Geschäfts- und Risikostrategie. Beteiligungen werden zur Stärkung des Verbundes der Sparkassen-Finanzgruppe und der damit verbundenen Stärkung des Vertriebsgedankens von Produkten der Verbundpartner, zur Unterstützung des Trägers zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Geschäftsgebiet sowie zur Erweiterung und Absicherung bestehender Kundenbeziehungen eingegangen (Buchwert: 4.395 TEUR). Darüber hinaus gehen wir Beteiligungen zur Erzielung von Erträgen - bei angemessenem Risiko – ein (Buchwert: 256 TEUR).

Das Risikocontrolling für die Verbundbeteiligungen wird durch den SVN wahrgenommen; wir werden über die Ergebnisse informiert und führen anschließend eine Plausibilisierung durch. Die Risiken aus sonstigen Beteiligungen werden durch das Vorstandssekretariat gesteuert. Basis für die Steuerung (Beteiligungscontrolling) bildet unter anderem die Geschäfts- und Risikostrategie, in der Grundsätze für Beteiligungen festgelegt sind. Darüber hinaus wurden auch Limite für das gesamte Beteiligungsportfolio fixiert.

Aus der Beteiligung am SVN und den weiteren Beteiligungen sowie den Beteiligungen innerhalb der Finanzbranche resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen.

- Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften, auf welches ausschließlich die Adressenrisiken aus Rentenpapieren der Direktanlage, der Spezialfonds und der Liquiditätsanlage aus Immobilienfonds angerechnet werden. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten zur Gewichtung der bestehenden Volumina herangezogen sowie der Ausfall der Emittenten im Bereich Non-Investment-Grade betrachtet. Bonitätsbedingte Wertveränderungen bei Aktien, Aktienfonds und Immobilienfonds werden bei den Marktpreisrisiken mit abgebildet und gesteuert.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt auf Schuldverschreibungen und Anleihen (106,4 Mio. EUR), die Wertpapier-Spezialfonds (91,2 Mio. EUR), Aktien (0,4 Mio. EUR) sowie sonstige Investmentfonds (49,9 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen vollständig ein externes Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht extern geratet. Bei den Wertpapieren ohne externes Rating handelt es sich überwiegend um Anteile an Investmentfonds. Für die in Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Geschäfts- und Risikostrategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten und Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von S&P und Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von S&P bzw. Moody's verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

Eine risikoartenübergreifende Konzentration besteht hinsichtlich der Forderungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Des Weiteren wird eine Risikokonzentration hinsichtlich der Forderungen an die Norddeutsche Landesbank gesehen. Aufgrund der zufriedenstellenden Bonität der Landesbanken und angesichts des gemeinsamen institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe sehen wir derzeit in der Konzentration keine gravierenden Risiken.

Um diese Konzentrationen zu begrenzen, ist ein risikoartenübergreifender Schwellenwert für Gesamtausleihungen, unabhängig von der Produktart bzw. Bilanzposition, je Institut innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe definiert.

Zum Stichtag 31.12.2017 hatte die Sparkasse keine Staatsanleihen der PIIGS-Staaten und Zypern im Bestand. Eine slowenische Staatsanleihe mit einem Marktwert von 1,1 Mio. EUR wird über einen Wertpapier-Spezialfonds gehalten. Von griechischen Unternehmen und Kreditinstituten emittierte Anleihen befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand der Wertpapiereigenanlagen der Sparkasse. Unternehmens- und Bankanleihen aus den übrigen PIIGS-Staaten werden mit einem Marktwert von 10,6 Mio. EUR ausschließlich über die Wertpapier-Spezialfonds gehalten. Ferner sind Aktien von Emittenten aus den übrigen PIIGS-Staaten in einem Aktienfonds, an dem die Sparkasse mehr als 10 % der Anteile hält, mit einem Marktwert von 1,3 Mio. EUR enthalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb des vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Einzelrisikolimits. Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland werden im Eigenbestand mit einem Marktwert von 25,5 Mio. EUR und über die Wertpapier-Spezialfonds mit einem Marktwert von 79,5 Mio. EUR gehalten.

- Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen und Immobilien sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der bewertungsrelevanten Handelsgeschäfte erfolgt anhand von Zinsszenarien bzw. Spreadszenarien bei Rentenpapieren der Direktanlage und der Wertpapier-Spezialfonds und Value-at-Risk Szenarien bei Aktienkursrisiken. Die Quantifizierung der Immobilienrisiken erfolgt anhand eines Benchmarkportfolioansatzes. Die Value-at-Risk Szenarien werden mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von 250 Tagen angenommen, mit Ausnahme bei Aktienfonds, hier wird eine Haltedauer von 63 Tagen angenommen. Der Risikoermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen. Die Risiken werden mit einer 98 %igen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet. Darüber hinaus werden bei zinsinduzierten Handelsgeschäften unterschiedliche Annahmen über die künftige Zinsentwicklung simuliert, wobei eines der Szenarien im Jahr 2017 einen Zinsanstieg um 110 BP (Basispunkte) im Verlaufe eines Jahres darstellt. Des Weiteren erfolgt für festverzinsliche Wertpapiere eine Ermittlung von Spreadrisiken. Die quartalsweise durchgeführten Simulationen zeigen mögliche Auswirkungen auf das Jahresergebnis der Sparkasse, so dass ggf. Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Spreadrisiken sind Kursrisiken von Wertpapieren, die nicht auf Zins- oder Adressenausfallrisiken beruhen, sondern auf Fakten wie z.B. mangelnde Liquidität im Handel, exogene Schocks wie die Finanzmarktkrise, psychologische Risiken (Übertreibungen) oder Informationsrisiken (z.B. „Werthaltigkeit“ externer Ratings). Im Rahmen einer Simulation werden aufgrund historischer Zeitreihen die Spreadveränderungen mit einer angenommenen Haltedauer von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 98 % simuliert.

Die Immobilienrisiken werden mit dem Benchmark-Portfolioansatz gesteuert. Dabei wird aus dem aktuellen Immobilienbestand des jeweiligen Fonds ein repräsentativer Index gebildet. Aus der Zeitreihe wird ein Risikofaktor als Quantil ermittelt.

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt. Danach ist der wesentliche Teil der Anlagen in verzinslichen Wertpapieren investiert. Wertpapiergeschäfte dienen in erster Linie der ertragsbringenden Anlage freier Mittel, Sicherung der Liquidität und der Risikodiversifizierung durch Anlagen in verschiedenen Anlageklassen. Zur Sicherung der Liquidität investieren wir vorwiegend in refinanzierungsfähige Wertpapiere.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird in der OE Betriebswirtschaft mit Hilfe der Systeme SimCorp Dimension, GuV-Planer und ifb spreadrisk unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich, wöchentlich, monatlich und vierteljährlich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen periodischen Limite bewegen. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

- Zinsänderungsrisiko

Aufgrund der Geschäftsstruktur und der Nachfrage im Kundengeschäft ist ein wesentlicher Teil der Vermögensanlagen, insbesondere Forderungen an Kunden sowie Wertpapiere, mit überwiegend langfristigen Zinsbindungen ausgestattet. Demgegenüber sind die Finanzierungsmittel in einem geringeren Umfang festzinsgebunden; zudem ist die Laufzeit der Zinsbindungen auf der Passivseite überwiegend kürzer als auf der Aktivseite. Ein bedeutender Teil der Einlagen von Kunden ist variabel verzinslich.

Das Zinsänderungsrisiko liegt darin, dass bei einem steigenden Zinsniveau sowie einer Veränderung der Zinsstrukturkurve höhere Zinsaufwendungen entstehen können, denen keine entsprechend gestiegenen Zinserträge gegenüberstehen, da die Zinssätze für die Vermögensanlagen aufgrund der Festzinsbindungen überwiegend nicht angehoben werden können. Dieses Risiko ist teilweise durch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps abgesichert.

Vorzeitige Kreditrückzahlungen haben bei unserer Sparkasse nach den bisherigen Erfahrungen keine wesentliche Bedeutung. Diese Rückzahlungen beeinflussen das Zinsänderungsrisiko nicht wesentlich.

Unbefristete Einlagen von Anlegern sind im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Der Grund dafür liegt in der Niedrigzinsphase und der daraus resultierenden Umschichtung von Passiva mit fester Laufzeit in unbefristete Einlagen.

In unseren Annahmen gehen wir davon aus, dass sich das allgemeine Zinsniveau bis Ende 2018 nicht bedeutend verändern wird. Die Zinsstrukturkurve dürfte nach unserer Einschätzung etwas steiler werden.

Nach der Geschäfts- und Risikostrategie sind wir zur Stabilisierung des Zinsüberschusses bestrebt Fristentransformation zu betreiben. Daneben werden bewusst offene Zinspositionen eingegangen, damit höhere Renditen erzielt werden können. Im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements können Geschäfte in Derivaten abgeschlossen werden. Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos ist der Abschluss von Future-Kontrakten und Zins-Swap-Geschäften möglich.

Die Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes wird laufend beobachtet, um sofort angemessen auf Veränderungen reagieren und mögliche negative Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos eingrenzen zu können.

Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos werden vierteljährlich Simulationsrechnungen erstellt. Grundlage der Ermittlung des zukünftigen Zinsüberschusses bilden die Zahlungsströme des Zinsbuchs (periodische Ermittlung). Für festverzinsliche Geschäfte werden die Zahlungsströme auf der Grundlage von Zinsbindungsbilanzen mit den zugehörigen Tilgungsplänen und Zinszahlungsterminen bestimmt. Den Zahlungsströmen der variablen Geschäfte liegen hinsichtlich der Zinsanpassungen und der Kapitalbindung Fiktionen zugrunde. Die Bestimmung der dafür festzulegenden Parameter erfolgt nach der Methode der gleitenden Durchschnitte. Bei dieser Methode wird zur Ermittlung der fiktiven Zinsanpassung und Kapitalbindung auf historische Zinssätze am Geld- und Kapitalmarkt zurückgegriffen. Im Ergebnis wird das variable Geschäft fiktiv durch eine Kombination von Festzinsgeschäften ersetzt. Bei dieser Vorgehensweise wird unterstellt, dass sich das Zinsanpassungsverhalten der Vergangenheit für einen Sockelbetrag auch künftig fortsetzt. Für den Anteil, der aufgrund der Niedrigzinsphase in der Vergangenheit zugeflossen ist, wird unterstellt, dass dieser bei steigenden Zinsen wieder festverzinslich angelegt wird bzw. in Teilen abfließt. Ausgehend von den ermittelten Zahlungsströmen wird unter Berücksichtigung der für die einzelnen Bilanzpositionen geplanten Margen und Bestandsentwicklungen der Zinsüberschuss des laufenden Jahres und der Folgejahre prognostiziert. Anschließend werden die Auswirkungen aus angenommenen bzw. erwarteten Änderungen des Marktzinnsniveaus und Bestandsentwicklungen auf den Zinsüberschuss analysiert.

Nach § 25 Abs. 1 und 2 KWG i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 4 Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationenverordnung (FinaRisikoV) sind Finanzinstitute verpflichtet, der Bankenaufsicht regelmäßig im Rahmen der FinaRisikoV die Barwertveränderungen im Anlagebuch infolge eines standardisierten Zinsschocks mitzuteilen. Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen

einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2017 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug -10,29 % bei einem Zinsanstieg um +200 Basispunkte. Vor dem Hintergrund der guten Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der zufriedenstellenden Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Das Zinsänderungsrisiko lag im Jahr 2017 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Konzentrationen bestehen bei den Zinsänderungsrisiken in dem Bereich des hohen Anteils an variabel verzinslicher Passiva in der Bilanz der Sparkasse. Um diese Konzentrationen zu begrenzen, haben wir eine Risikotoleranz definiert und führen Stresstestberechnungen durch.

- Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Oberstes Ziel unserer Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken ist die Gewährleistung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit. Zur Sicherstellung der Solvenz haben wir für die Liquiditätskennzahl nach § 2 Abs. 1 LiqV (ab 01.01.2018 gestrichen) und die LCR Warnmarken von 1,5 bzw. 100% definiert. Beim Erreichen der Warnmarken können kurz-, mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel aufgenommen werden. Zur Validierung der Steuerungsrelevanz der definierten Warnmarke werden regelmäßig Szenariobetrachtungen durchgeführt.

Die relevanten Zahlungsströme aus Aktiva und Passiva werden nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder (Liquiditätsablaufbilanz) eingestellt und münden in eine Liquiditätsplanung, die eine angemessene Liquiditätsvorsorge gewährleistet. Daneben wird regelmäßig überprüft, inwieweit unsere Sparkasse in der Lage ist, einen auftretenden Liquiditätsbedarf zu decken. Grundlage dafür bildet eine Liquiditätsliste, in der jene Liquiditätsquellen aufgeführt sind, die zur Deckung eines Liquiditätsbedarfs herangezogen werden können. Hierzu gehören im Wesentlichen der umfangreiche Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve sowie der Bestand an bei der Europäischen Zentralbank beleihbaren Sicherheiten. Hierdurch verfügt unsere Sparkasse über einen ausreichenden Zugang zu Zentralnotenbank-

geld. Für den Fall des Eintritts eines Liquiditätsengpasses ist ein Notfallplan erlassen worden, der die in der Liquiditätsliste aufgeführten Liquiditätsquellen zugrunde legt.

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat der Vorstand festgelegt, dass die Liquidität jederzeit sicherzustellen ist. Bei der Auswahl der Refinanzierungsquellen achten wir auf eine ausreichende Diversifikation.

Eine Konzentration besteht beim Liquiditätsrisiko durch die Beschränkung bei der institutionellen Refinanzierung auf Institute der Sparkassen-Finanzgruppe. Um diese zu begrenzen werden zur Nutzung der Refinanzierungsangebote der Deutschen Bundesbank entsprechende Wertpapiere vorgehalten. Außerdem unterhalten wir einen ausreichenden Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve.

Zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der Liquiditätskosten und des Liquiditätsnutzens setzen wir ein einfaches Kostenverrechnungsverfahren ein, das den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht.

- Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, von Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken als Folgerisiken ein.

Ziel ist die Begrenzung der operationellen Risiken und der mit ihnen einhergehenden Schäden auf ein nicht beeinflussbares Restrisiko, sofern die dafür erforderlichen Maßnahmen unter Kosten-/Nutzenaspekten ökonomisch gerechtfertigt sind.

Den operationellen Risiken wird mit zahlreichen Maßnahmen entgegengewirkt.

Branchentypisch werden hohe Anforderungen an die Sicherheit der eingesetzten IT-Systeme gestellt. Dies gilt für die Verfügbarkeit und Integrität der Systeme und Daten im Rechenzentrum, für die in der Sparkasse betriebenen Systeme und für die betriebenen Netzwerke, und zwar sowohl für die Sicherheit des laufenden Betriebes als auch für die Notfallvorsorge.

Zur Regelung der Arbeitsabläufe im Hause bestehen zentrale Vorgaben durch Arbeitsanweisungen. Rechtliche Risiken werden durch Verwendung von juristisch geprüften Vertragsformulierungen begrenzt. Den Risiken im jeweiligen Sachgebiet wird durch den Einsatz der - auch gesetzlich geforderten - Informationssicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten begegnet. Schließlich werden operationelle Risiken durch die laufende Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter reduziert.

Versicherbare Gefahrenpotenziale werden durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgeschirmt.

Um für die Quantifizierung von operationellen Risiken eine geeignete empirische Basis zu schaffen, wird eine Schadensfalldatenbank gepflegt.

Die operationellen Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Sparkasse nicht wesentlich beeinträchtigen. Das vorgegebene Risikolimit wurde jederzeit eingehalten.

Konzentrationen bestehen bei den operationellen Risiken durch die Auslagerung der IT-Systeme an die Finanz Informatik sowie bei Nichtverfügbarkeit des Hauptstellengebäudes. Beide Konzentrationen werden von der Sparkasse toleriert.

- Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken Reputationsrisiko, Provisionsrisiko, Kostenrisiko sowie das strategische Risiko werden nicht als wesentlich im Sinne der MaRisk definiert.

- Berichtswesen

Vierteljährlich wird ein Gesamtrisikobericht erstellt, der insbesondere eine Darstellung der Risikotragfähigkeit enthält. Außerdem sind in dem Bericht Strukturdaten des Kreditgeschäfts, die Entwicklung der Zusagen, die Aufnahme neuartiger Geschäfte, die Einhaltung rechtlicher und regulatorischer Anforderungen, Aussagen zu Adressenrisiken im Kreditgeschäft und bei Eigenanlagen, zu Liquiditätsrisiken, zu Marktpreisrisiken (insbesondere Zinsänderungs-, Aktienkurs- und Immobilienrisiken), zu Beteiligungsrisiken, zu operationellen Risiken, zu Stresstests sowie weitere Daten zur Ertragslage enthalten. Zuständig für die Erstellung des Gesamtrisikoberichts ist die OE Betriebswirtschaft. Der Bericht wird dem Vorstand zur Kenntnis gegeben.

Darüber hinaus bestehen für die turnusmäßige Berichterstattung der Risikoarten folgende Regelungen:

Risiken	Berichtsturnus	zuständige Abteilung	Adressat
Beteiligungen	jährlich	Vorstandssekretariat	Vorstand Betriebswirtschaft
Marktpreisrisiken	täglich	Betriebswirtschaft	Vorstand
Operationelle Risiken	jährlich	Betriebswirtschaft	Vorstand, Innenrevision und Geldwäschebeauftragten

Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen ist über die regelmäßige Berichterstattung hinaus eine unverzügliche Unterrichtung des Vorstands und des Risikocontrollings sowie ggf. der Innenrevision, des Geldwäschebeauftragten, der Kreditbearbeitung und der Verwaltungsratsvorsitzenden geregelt (Ad-hoc-Berichterstattung).

Die vorgelegten Berichte enthalten neben der Darstellung auch eine Beurteilung der Risiken sowie bei Bedarf Handlungsvorschläge und somit alle erforderlichen Informationen.

Der Kreditausschuss wird durch den Vorstand vierteljährlich über die Risikosituation der Sparkasse unterrichtet. Die Kreditausschussvorsitzende gibt diese Informationen zeitnah an den Verwaltungsrat weiter.

Für Informationen, die unter Risikogesichtspunkten für den Verwaltungsrat wesentlich sind, ist in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt, dass hierüber die Verwaltungsratsvorsitzende unverzüglich zu informieren ist. Diese hat die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats spätestens im Rahmen der nächsten Verwaltungsratssitzung entsprechend zu unterrichten.

- Zusammenfassende Risikobeurteilung

Die Gesamtrisikosituation unseres Hauses wird überwiegend durch das Marktpreisrisiko aus Eigenanlagen bestimmt, welches hauptsächlich durch das zinsinduzierte Kursrisiko und Spreadrisiko aus Wertpapieren getrieben wird. Darüber hinaus sind aufgrund unseres kreditgeschäftlichen Engagements in der mittelständischen Wirtschaft Kreditrisiken von besonderer Bedeutung.

Risiken der künftigen Entwicklung, die für unsere Sparkasse bestandsgefährdend sein könnten, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Bei den Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, wird ein wirksames Verfahren der Risikosteuerung und -kontrolle eingesetzt.

Wir steuern die Risiken in einer Weise, die dem Geschäftsumfang und der Komplexität angemessen ist und verfügen über ein Instrumentarium, das es uns erlaubt, Risiken bewusst und kontrolliert einzugehen. Wir sehen uns für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet und erwarten keine besonderen, über unsere Risikotragfähigkeit hinausgehenden Risiken.

Ein lang anhaltendes Niedrigzinsumfeld wird tendenziell zu Ertragsrückgängen in der Sparkasse führen. Die Sparkasse begegnet dieser Entwicklung mit einer Risikodiversifizierung der Eigenanlagen, insbesondere über Immobilienfonds sollen künftig weiterhin die Erträge verfestigt werden. Des Weiteren will die Sparkasse mit den vorhandenen Ressourcen den höchsten Nutzen erzielen bzw. -wo sinnvoll- Kosten reduzieren und den Provisionsüberschuss aus dem Dienstleistungsgeschäft langfristig steigern.

Prognosebericht (einschließlich Chancenbericht)

Die folgenden Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung unseres Hauses im Jahr 2018 stellen Einschätzungen dar, die auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Prognosen sind naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Treten die zugrunde gelegten Annahmen nicht oder in veränderter Form ein, können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen.

In Deutschland setzt sich der Aufschwung fort. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Überauslastung. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte gemäß Prognose der Deutschen Bundesbank in einer Größenordnung von 2,5 % zulegen. Die Verbraucherpreise werden in 2018 voraussichtlich erneut steigen. Bei der Zahl der Erwerbstätigen wird eine weitere Zunahme erwartet.

Unsere Zinserwartung orientiert sich an den Prognosen der DekaBank Frankfurt. Wir gehen davon aus, dass sich die Niedrigzinsphase fortsetzen wird. Es wird lediglich ein leichter Zinsanstieg erwartet, der mit zunehmenden Laufzeiten etwas stärker ausgeprägt sein sollte.

Das geschäftliche Umfeld der Kreditinstitute wird weiter durch einen verstärkten Wettbewerb zwischen den Instituten, die anhaltende Niedrigzinsphase, anspruchsvollere Kunden und die rasch fortschreitende Digitalisierung bestimmt. Margen, aber auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft, werden unter Druck bleiben.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir eine Ausweitung aufgrund einer Erhöhung des Wertpapiervermögens auf der Aktivseite bei gleichzeitiger Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf der Passivseite. Der geplante Abbau der bilanziellen Kundeneinlagen soll das außerbilanzielle Wertpapiergeschäft stärken.

Bei dem sich aus den bilanziellen Kundeneinlagen und den nicht in der Bilanz erfassten Wertpapieranlagen zusammensetzenden Geldvermögen erwarten wir insgesamt keine wesentliche Veränderung. Aufgrund unserer strategischen Ausrichtung, die die Interessen unserer Kunden berücksichtigt, sollte sich – wie schon dargelegt – jedoch eine Verschiebung zu Gunsten der Wertpapieranlagen ergeben.

Wir gehen davon aus, dass sich beim Kreditvolumen keine wesentliche Veränderung ergibt. Um den Kreditbestand zu halten, müssen die nicht unerheblichen Tilgungen und Sondertilgungen kompensiert werden. Im gewerblichen Kreditgeschäft sollten die positiven gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und das weiterhin niedrige Zinsniveau Ansatzpunkte für Neuge-

schäfte bieten. Der Konkurrenzdruck ist jedoch groß und bei regional ansässigen Unternehmen in Konzernstrukturen ist es sehr schwierig bei Finanzierungen zum Zuge zu kommen. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass sich die gute gewerbliche Kreditnachfrage, wenn auch etwas abgeschwächt, fortsetzen wird und wir auf Grund der guten Kundenverbindungen genügend Geschäft bei uns platzieren können, um die Tilgungen in etwa aufzufangen. Das Geschäft mit Schuldscheindarlehen sollte weiterhin zu einer Stabilisierung des Kreditbestandes beitragen. Bei den privaten Krediten bedarf es besonderer Anstrengungen um das sehr gute Zusageniveau zu halten. Aufgrund der niedrigen Zinsen, der immer noch günstigen Immobilienpreise und der zunehmenden Sachwertorientierung sollten Wohnungsbaukredite auch weiterhin nachgefragt werden. Beschränkend wirkt jedoch das knappe Angebot bei gebrauchten Immobilien. Finanzierungen für Renovierungen und Modernisierungen sollten das Geschäft allerdings stützen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die private Konsumfinanzierung. Zur Verbesserung der Marktanteile im Konsumentenkreditgeschäft bieten wir mit der S-Card-Plus ein flexibles Finanzierungsprodukt an. Kunden erhalten mit diesem Produkt einen Kreditrahmen, der direkt beim Händler zur Bezahlung von Waren genutzt werden kann. Die positive Entwicklung der letzten Jahre sollte sich fortsetzen und so der Konsumentenkreditbestand gestärkt werden. Aber auch die Bestände bei den S-Privat-Krediten wollen wir weiter ausbauen.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2018 aufgrund der guten konjunkturellen Voraussetzungen und der auch ansonsten positiven Rahmenbedingungen von verbesserten Vermittlungen aus.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen – neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren – hauptsächlich in einem Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Auch wenn sich in der Eurozone die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven nochmals verbessert haben, steht das Konjunkturbild allerdings unter dem Vorbehalt einiger Risiken. Hierzu gehören insbesondere die geopolitischen Konflikte und die Bedrohung durch den globalen Terrorismus, der außen- und wirtschaftspolitische Kurs der derzeitigen US-Regierung und die schwierigen Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Daneben können europafeindliche Positionen jederzeit wieder zu Verunsicherungen führen, beispielweise im Umfeld der Wahlen in Italien. Ebenso können separatistische Bewegungen wie in Katalonien weitere Kreise ziehen und sich wirtschaftlich negativ auswirken. Daneben wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung belastet.

Als Chancen im Sinne dieses Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und zu einem Anstieg des geplanten Zinsüberschusses führen. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

Die sich aus dem Anstieg der Beschäftigung ergebenden Einkommenszuwächse könnten zu einer Binnenkonjunkturnachfrage führen, die höher ausfällt als angenommen. Von verbesserten Bedingungen am Arbeitsmarkt könnte im Zusammenhang mit dem Niedrigzinsumfeld auch der Wohnungsbau profitieren.

Chancen sehen wir darüber hinaus auch in der Neuausrichtung unserer Vertriebsstruktur. Positive Impulse für unser Wachstum und die Ergebnisbeiträge erwarten wir aus dem Ausbau des beratungsintensiven Geschäfts. Den Herausforderungen aus der Digitalisierung des Bankgeschäfts begegnen wir in der Sparkassen-Finanzgruppe mit zukunftssträchtigen Konzepten, mit denen wir die Kunden langfristig an uns binden wollen.

Im Jahr 2018 wird die Neugestaltung der Kundenhalle mit der Schaffung von zwei Mieteinheiten abgeschlossen. Daneben sind bis auf einige Brandschutzmaßnahmen keine größeren Investitionen geplant. Nach unseren Planungen werden wir im Prognosezeitraum über eine ausreichende Liquidität verfügen.

Der Zinsüberschuss bleibt auch weiterhin unsere wichtigste Ertragsquelle. Das Zinsniveau dürfte über weite Strecken des Jahres auf einem gegenüber dem Vorjahr in den längeren Laufzeiten zwar etwas erhöhten, aber im langjährigen Vergleich nach wie vor niedrigen Niveau verharren. Das niedrige Zinsniveau in Verbindung mit einem starken Wettbewerb hält die Zinsspanne unter Druck. Insbesondere auslaufende Festzinsgeschäfte im Kreditgeschäft die nur zu niedrigeren Konditionen neu ausgelegt werden können, führen zu einem spürbaren Rückgang im Zinsertrag. Bei den Zinsaufwendungen hat sich gewisser Bodensatz gebildet, der den Spielraum für Rückgänge deutlich einschränkt. Insgesamt erwarten wir einen um rund 0,9 Mio. Euro verringerten Zinsüberschuss.

Für das Provisionsergebnis erwarten wir im Hinblick auf die strategischen Anlagekonzepte im Wertpapiergeschäft und aufgrund der hohen Leistungsfähigkeit unserer Partner im Bereich Versicherungen, Fondsgeschäft und Bausparen sowie verbesserter Grundlagen im Zahlungsverkehr und Girogeschäft um rund 0,1 Mio. Euro steigende Erträge.

Durch ein konsequentes Kostenmanagement sowie den Wegfall eines Sondereffekts werden die ordentlichen Aufwendungen voraussichtlich sinken. Die Personalkosten wurden aufgrund der bekannten Personalveränderungen sowie einer angenommenen Tarifsteigerung ermittelt. Durch ein stringentes Personalmanagement wird der Personalaufwand in etwa gleich bleiben. Die leicht verringerten Sachkosten resultieren im Wesentlichen aus einer Abnahme der Grundstücksaufwendungen, da die Belastungen aus der Neugestaltung der Kundenhalle entfallen. Wir planen Investitionen in zukunftsweisende Technologien und Produkte als Voraussetzung für die Sicherung bzw. den Ausbau unserer Marktanteile.

Der Rückgang im Zinsüberschuss kann durch den erhöhten Provisionsüberschuss und die verringerten ordentlichen Aufwendungen nicht aufgefangen werden und so gehen wir von einem leichten Rückgang beim Ergebnis vor Bewertung aus.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Konjunktur- sowie die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind insgesamt positiv und die regionalen Unternehmen sind gut aufgestellt. Trotz der guten Ausgangslage sind im Einzelfall negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage unserer Privat- und Firmenkunden mit entsprechenden Auswirkungen auf unseren Risikoaufwand nicht auszuschließen. Insgesamt erwarten wir im Kreditgeschäft nach dem positiven Ergebnis im Vorjahr auf Grundlage von statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine spürbare aber jederzeit tragbare Belastung.

Bei den eigenen festverzinslichen Wertpapieren rechnen wir aufgrund von notwendigen Wertanpassungen bei über dem Nennwert notierten Anlagen mit deutlichem Bewertungsaufwand. Bei anderen Assetklassen erwarten wir grundsätzlich keine spürbaren Bewertungsaufwendungen.

Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend gehen wir davon aus, dass nach dem Bewertungsertrag im zurückliegenden Jahr wieder ein durch Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditgeschäft errechneter Bewertungsaufwand entstehen wird, der jedoch insgesamt tragbar ist.

Für das Geschäftsjahr 2018 erwarten wir einen Jahresüberschuss in etwa auf Vorjahresniveau.

Die Gewinnerwartungen für 2018 sind insbesondere abhängig von der Entwicklung des Zinsniveaus und der Konjunktur.

Insgesamt sind im laufenden Geschäftsjahr wesentliche Einflüsse, die den geplanten Geschäftsverlauf und das prognostizierte Ergebnis beeinträchtigen könnten, aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Wir sehen uns den Herausforderungen der Zukunft gewachsen und sind im Wettbewerb gut aufgestellt. Auch zukünftig werden wir in der Lage sein, unser Kernkapital zu stärken und damit die Risikotragfähigkeit darzustellen. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht auch weiterhin der Kunde. Unsere vertriebliche Ausrichtung werden wir an den Markterfordernissen ausrichten. Mit dem Aufbau eines Kundenservicecenters haben wir unser Angebot weiter ausgebaut. Die ganzheitliche Beratung mit dem S-Finanzkonzept sichert einen hohen Qualitätsstandard und stärkt die Kundenbindung. Den Herausforderungen der Digitalisierung stellen wir uns verstärkt und wollen damit unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Mit qualitativ hochwertigen Leistungen werden wir uns gegenüber dem Wettbewerb profilieren und auch darüber unsere Zukunftsfähigkeit sichern.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2017



der
Sitz

Sparkasse Einbeck
37574 Einbeck

eingetragen beim
Amtsgericht
Handelsregister-Nr.

Amtsgericht Göttingen
HRA 130882

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		4.796.393,23		8.532
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		673.887,55		3.888
			5.470.280,78	12.420
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		1.750,34		0
b) andere Forderungen		9.434.580,11		10.731
			9.436.330,45	10.731
4. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	89.667.461,99	EUR		(92.281)
Kommunalkredite	32.369.429,85	EUR		(32.331)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		18.821.482,88		18.938
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	18.821.482,88	EUR		(18.938)
bb) von anderen Emittenten		87.556.731,84		92.643
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	87.556.731,84	EUR		(90.096)
			106.378.214,72	111.581
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			106.378.214,72	111.581
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand				
			141.428.222,59	129.303
			0,00	0
7. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite	10.642,08	EUR		(13)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				
			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		332,00		3
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			332,00	3
12. Sachanlagen				
			5.326.081,48	4.313
13. Sonstige Vermögensgegenstände				
			1.489.241,37	851
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
			110.547,38	137
Summe der Aktiva			549.666.590,28	537.923

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		3.061.642,97		13.780
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		43.515.223,78		46.872
			46.576.866,75	60.652
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	191.255.292,85			182.526
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	41.344.592,72			47.496
		232.599.885,57		230.022
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	170.899.770,84			142.944
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	34.822.092,63			42.819
		205.721.863,47		185.763
			438.321.749,04	415.785
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			10.642,08	13
darunter:				
Treuhandkredite	10.642,08 EUR			(13)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			694.560,51	357
6. Rechnungsabgrenzungsposten			130.675,23	184
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.871.882,00		7.868
b) Steuerrückstellungen		81.000,00		1.424
c) andere Rückstellungen		4.587.522,14		3.563
			12.540.404,14	12.855
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			17.450.000,00	14.500
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	33.576.529,98			33.233
		33.576.529,98		33.233
d) Bilanzgewinn		365.162,55		344
			33.941.692,53	33.577
Summe der Passiva			549.666.590,28	537.923
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		5.687.754,37		6.621
Über eine weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeit wird im Anhang berichtet.				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			5.687.754,37	6.621
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		20.143.030,46		18.650
			20.143.030,46	18.650

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2016 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		8.528.137,17		9.246
abgesetzte negative Zinsen	428,54 EUR			(-)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,03 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2.763.142,22		2.899
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR			(-)
		11.291.279,39		12.145
		2.758.279,61		3.355
2. Zinsaufwendungen				
abgesetzte positive Zinsen	53.096,66 EUR			(-)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	359.467,85 EUR			(332)
			8.532.999,78	8.791
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.238.993,71		2.849
b) Beteiligungen		128.587,52		127
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			3.367.581,23	2.977
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		3.796.878,62		3.708
6. Provisionsaufwendungen		390.045,30		385
			3.406.833,32	3.323
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			921.444,45	360
9. (weggefallen)				
			16.228.858,78	15.450
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		6.146.652,71		6.066
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		1.894.390,98		2.251
	837.098,28 EUR			(970)
		8.041.043,69		8.317
b) andere Verwaltungsaufwendungen		3.168.122,12		2.889
			11.209.165,81	11.206
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			520.942,00	573
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.591.988,25	1.094
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		2.736.337,67		900
			2.736.337,67	900
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		847.536,94		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		262
			847.536,94	262
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.950.000,00	2.150
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.845.563,45	1.588
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.457.063,01		1.223
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		23.337,89		21
			1.480.400,90	1.245
25. Jahresüberschuss			365.162,55	344
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
27. Bilanzgewinn			365.162,55	344

Anhang

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

Negativzinsen

Die im Geschäftsjahr 2017 angefallenen und mit den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen verrechneten negativen bzw. positiven Zinsen werden abweichend zum Vorjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung als Darunter-Position zu GV-Posten 1a bzw. GV-Posten 2 ausgewiesen und nicht mehr im Anhang angegeben.

Die im Vorjahr in GV-Posten 1a verrechneten negativen Zinsen beliefen sich auf weniger als 1 TEUR und unter GV-Posten 2 sind keine positiven Zinsen angefallen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Aktiva

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (Posten Aktiva 3 und 4)

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden einschließlich Schuldscheindarlehen wurden mit ihrem Nennwert angesetzt, der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag wurde unter den Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem höheren Auszahlungsbetrag wurde unter den Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite aufgenommen. Er wird grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig aufgelöst, im Falle von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung.

Für erkennbare Ausfallrisiken bei den Forderungen bestehen Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls. Dem latenten Kreditrisiko wird durch Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach Erfahrungswerten (durchschnittliche Ausfälle der letzten 5 Jahre) bemessen worden sind.

Wertpapiere (Aktiva Posten 5 und 6)

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip angesetzt. Zum Bilanzstichtag erfolgt die Bewertung mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkursen. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens werden Abschrei-

bungen nur im Zusammenhang mit voraussichtlich dauernden Wertminderungen vorgenommen.

Die Anteile an Investmentvermögen wurden zum Anschaffungswert bzw. zum niedrigeren investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Bei zwei von der Fondsgesellschaft geschlossenen Fonds erfolgte die Bewertung zum von der Gesellschaft veröffentlichten Nettoinventarwert.

Die unter Aktiva Posten 6 ausgewiesenen Anteile an Gesellschaften, die sich als AIF qualifizieren, haben wir zu Anschaffungskosten angesetzt.

Beteiligungen (Aktiva 7)

Die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bzw. im Falle vorübergehender sowie dauernder Wertminderungen zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt.

immaterielle Anlagewerte und Sachanlagevermögen (Aktiva 11 und 12)

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer, angesetzt.

Vermögensgegenstände von geringem Wert (Anschaffungskosten bis 150 EUR netto) werden sofort als Sachaufwand erfasst; bei Anschaffungswerten von bis zu 1.000 EUR und immateriellen Anlagewerten (Software bis zu 410 EUR) ohne Mehrwertsteuer erfolgt analog zur steuerlichen Regelung des § 6 Abs. 2a EStG die Einstellung in einen Sammelposten, der linear mit je einem Fünftel jährlich abgeschrieben wird.

Sonstige Vermögensgegenstände (Aktiva 13)

Die sonstigen Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet. Die hier ausgewiesenen Finanzanlagen werden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Passiva

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden (Passiva 1 und 2)

Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen dem Erfüllungs- und dem Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Rückstellungen (Passiva 7)

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Beträgt die Zeitspanne bis zum erwarteten Erfüllungszeitpunkt mehr als ein Jahr, erfolgt eine Abzinsung mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV).

Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragender Aktiva und Passiva des Bankbuchs einschließlich der für Zwecke der Zinsbuchsteuerung im Sinne einer Aktiv-Passivsteuerung abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte vorgenommen worden. Hierbei ist die Ermittlung anhand einer barwertigen Betrachtung erfolgt. Eine verlustfreie Bewertung des Zinsbuchs ist gewährleistet. Zum 31. Dezember 2017 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G bewertet.

Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß RückAbzinsV nach dem Stand von Ende Dezember 2017 bekannt gegebene Zinssatz von 3,68 % verwendet. Die bis zur voraussichtlichen Erfüllung zu erwartenden Gehalts- und Rentensteigerungen haben wir mit 2,0 % prognostiziert.

Mittelbare Altersversorgungsverpflichtungen

Die Sparkasse ist tarifvertraglich verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie erfüllt diese Verpflichtung durch Anmeldung der betreffenden Mitarbeiter bei der Emdener Zusatzversorgungskasse für Sparkassen (ZVK-Sparkassen) mit Sitz in Emden. Die ZVK-Sparkassen ist eine kommunale Zusatzversorgungseinrichtung im Sinne § 1 des Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) vom 1. März 2002. Träger der ZVK-Sparkassen ist der Niedersächsische Sparkassen- und Giroverband in Hannover, der das Kassenvermögen der ZVK-Sparkassen als Sondervermögen getrennt von seinem übrigen Vermögen verwaltet.

Die Versorgungsverpflichtungen werden von der ZVK-Sparkassen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G mit 10jähriger Generationenverschiebung bewertet.

Nachdem die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes sich mit Wirkung vom 1. Januar 2002 auf eine Abkehr vom seit 1967 bestehenden Gesamtversorgungssystem ver-

ständig hatten, hat die ZVK-Sparkassen zum 1. Januar 2003 den Versicherten- und Rentnerbestand in zwei getrennte Abrechnungsverbände unterteilt, den Abrechnungsverband P für die zu diesem Zeitpunkt Pflichtversicherten bzw. den Abrechnungsverband R für die sog. Altrentner.

Seit diesem Zeitpunkt ist der Abrechnungsverband P unter Zugrundelegung der Bewertungsparameter gemäß ATV-K vom 1. März 2002 kapitalgedeckt. Diese tarifliche Bewertungsmethodik erfasste den voraussichtlich zu erwartenden Verpflichtungsumfang nicht vollständig. Hierauf hat die ZVK-Sparkassen bereits mit kontinuierlicher Stärkung ihrer Deckungsrückstellung reagiert. Seit dem 31. Dezember 2011 erfolgt eine realistische und von den tarifvertraglichen Vorgaben abweichende kassenspezifische Ermittlung der Deckungsrückstellung, die sämtliche künftig zu erwartenden Kosten und Risiken einbezieht (u. a. Berücksichtigung einer jährlichen Anhebung der tariflich zugesagten Betriebsrentenleistungen um 1 %).

Der bisherige Beitragssatz von 4 % erschien hiernach und unter zusätzlicher Berücksichtigung der derzeitigen Kapitalmarktlage nach aktuellen Ermittlungen nicht mehr auskömmlich. Dem wurde durch eine mit Wirkung zum 1. Januar 2012 eingetretene Anhebung auf 5 % Rechnung getragen; in diesem Zusammenhang wurde hinsichtlich der künftigen Kapitalerträge eine langfristig erzielbare Rendite von 4,25 % zugrunde gelegt. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase geht die ZVK-Sparkassen zwischenzeitlich von einer verringerten Rendite aus. Sie wird aufgrund der bestehenden längerfristigen Vermögensanlagen bis 2026 noch mit jährlich 3,8 % veranschlagt. Es ist daher beabsichtigt, den Beitragssatz in den Jahren 2019 bis 2021 stufenweise von derzeit 5,0 % auf 5,8 % unter Einbindung einer Arbeitnehmerbeteiligung zu erhöhen. Durch diese Maßnahme soll innerhalb des 100jährigen Betrachtungszeitraums dem möglichen Entstehen einer Unterdeckung aufgrund der ab 2019 hinzukommenden Anwartschaften entgegengewirkt werden.

Bemessungsgrundlage für den Beitrag sind die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte; sie beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 5,3 Mio. EUR.

Bei den Verpflichtungen des Abrechnungsverbandes R ergab sich zum 1. Januar 2003 eine Deckungslücke, die den einzelnen Beteiligten zugeordnet worden ist und die jährlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet wird. Der Bewertung zum 31. Dezember 2017 liegt ein Abzinsungszins in Höhe von 2,25 % zugrunde. Die zugesagte jährliche Erhöhung der Renten um 1 % setzt voraus, dass aus den Kapitalanlagen eine jährliche Rendite von 3,25 % erzielt wird. Für den Fall, dass die Rendite nicht erreicht werden sollte, wird die sich daraus ergebende Unterdeckung den Beteiligten zugeordnet. Die Sparkasse hat die Deckungslücke beim Abrechnungsverband R bereits in früheren Geschäftsjahren vorläufig ausfinanziert. Restrisiken der Ausfinanzierung bestehen allerdings in Abhängigkeit von der

Biometrie sowie der Verzinsung der Anlagen der ZVK-Sparkassen. Rechnerisch wurde zum Bilanzstichtag erneut eine Deckungslücke in Höhe von 99 TEUR ermittelt. Insbesondere aufgrund von Entgeltschwankungen kann sich dieses in der Zukunft wieder ändern. Eine weitere Ausfinanzierung ist daher derzeit nicht vorgesehen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Negative Zinsen

Für die bei der Deutschen Bundesbank und die bei anderen Kreditinstituten unterhaltenen Guthaben sind Zinsaufwendungen entstanden, die wir mit den unter GV-Posten 1a ausgewiesenen Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften verrechnet haben. Für die von anderen Kreditinstituten und Kunden bei uns angelegten Gelder wurden uns Zinsen vergütet, die wir mit den unter GV-Posten 2 ausgewiesenen Zinsaufwendungen verrechnet haben.

Angaben zu Derivaten

Die strukturierten Produkte (Forwarddarlehen und Vereinbarungen für entsprechende Verlängerungsoptionen) wurden einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und bewertet.

Fristengliederung

Die Sparkasse hat davon Gebrauch gemacht, die anteiligen Zinsen und ähnliche, das Geschäftsjahr betreffende Beträge, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, aber bereits am Bilanzstichtag den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, gemäß § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einzubeziehen. Insofern stimmen die Bilanzbestände nicht mit den Endbeträgen laut Fristengliederung überein.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktiva

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

Die unter Posten 3 b) andere Forderungen ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	346 TEUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	950 TEUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.341 TEUR
- mehr als fünf Jahre	1.779 TEUR

Forderungen an die eigene Girozentrale: 4.416 TEUR

Posten 4: Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis zu drei Monaten	15.229 TEUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.310 TEUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	101.340 TEUR
- mehr als fünf Jahre	121.812 TEUR
- mit unbestimmter Restlaufzeit	12.338 TEUR

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	8.027 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	9.649 TEUR

Forderungen an Kunden mit Nachrangabrede sind enthalten

in Höhe von	7.398 TEUR
am 31.12. des Vorjahres	8.840 TEUR

davon:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	6.735 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	7.735 TEUR

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den börsenfähigen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen

Wertpapieren wurden nicht mit dem Niederstwert bewertet (Buchwert) 18.000 TEUR

Dieses Wertpapier verkörpert einen Marktwert von 17.658 TEUR

Es handelt sich dabei um einen Titel mit einer Endfälligkeit in 2027. Die Wertminderungen sind ausschließlich zinsinduziert und dürften daher nach unserer Auffassung voraussichtlich nicht von Dauer sein.

Von den ausgewiesenen Beständen werden im kommenden

Geschäftsjahr fällig 10.025 TEUR

Von den unter Aktiva Posten 5 enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert 106.378 TEUR

nicht börsennotiert 0 TEUR

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind Anteile an zwei international ausgerichteten Renten-Spezialfonds enthalten. Alleinige Anteilsinhaberin ist die Sparkasse. Die Anteilsscheine sind nur mit Zustimmung der Investmentgesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann die Sachauskehrung der in den Fonds enthaltenen Vermögenswerte verlangen. Der Marktwert beträgt 91.900 TEUR und übersteigt den Buchwert um 712 TEUR. Im Geschäftsjahr 2017 erfolgte eine Ausschüttung in Höhe von 1.566 TEUR.

In diesem Posten sind ebenfalls Anteile an einem international ausgerichteten Aktienfonds enthalten. Die Sparkasse hält mehr als 10 % des Sondervermögens im Sinn des § 1 Abs. 10 KAGB. Der Marktwert (nach § 168 KAGB) am 31.12.2017 beträgt 6.685 TEUR und ist identisch mit dem Buchwert zum Stichtag. Im Geschäftsjahr 2017 erfolgten Ausschüttungen

über insgesamt 238 TEUR. Die Rückgabe von Anteilen ist täglich bis zum Orderannahmeschluss der Fondsgesellschaft möglich. Die Gesellschaft kann die Rücknahme der Anteile zeitweilig aussetzen, sofern außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Die Bewertung erfolgt zum Niederstwert.

Von den übrigen unter diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	285 TEUR
nicht börsennotiert	9.316 TEUR

Posten 7: Beteiligungen

Der Anteilsbesitz der Sparkasse Einbeck an Unternehmen - soweit nicht von lediglich untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB) - ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

Name und Sitz	Eigenkapital in TEUR	Anteil am Kapital in v.H.	Ergebnis 2016 in TEUR
Einbecker Wohnungsbaugesellschaft mbH in Einbeck	9.160	20	1.861

Daneben ist die Sparkasse am Stammkapital des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover, mit einem Anteil von 0,58 % beteiligt. Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis unterbleiben aufgrund von § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

Posten 9: Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen besteht ausschließlich aus Forderungen an Kunden.

Posten 12: Sachanlagen

Die für sparkassenbetriebliche Zwecke genutzten Grundstücke

und Bauten belaufen sich auf (Bilanzwert) 3.596 TEUR

Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung

beträgt 743 TEUR

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten ist enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem niedrigeren

Nominalbetrag	31 TEUR
---------------	---------

Bestand am 31.12. des Vorjahres	37 TEUR
---------------------------------	---------

Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungs- und dem niedrigeren Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten oder Anleihen

16 TEUR

Bestand am 31.12. des Vorjahres

28 TEUR ^{*)}

^{*)} Vorjahreswert angepasst

Entwicklung des Anlagevermögens (Angabe in TEUR)

		Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten				Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Buchwerte		
	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Abschreibungen im Geschäftsjahr ¹⁾	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit			Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres
									Zugängen	Abgängen	Umbuchungen			
Schuldverschr. und andere festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	77.075	18.079	4.991	0	90.163	0	275	0	275	0	0	275	89.888	77.075
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	322	73	0	0	396	0	0	0	0	0	0	0	396	322
Beteiligungen	6.842	0	0	0	6.842	1.609	581	0	581	0	0	2.190	4.652	5.233
Immaterielle Anlagewerte	169	0	50	0	119	166	3	0	3	50	0	118	0	3
Sachanlagen	21.522	2.047	3.709	0	19.860	17.209	518	0	518	3.193	0	14.534	5.326	4.313
sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

¹⁾ Bei den Abschreibungen des Geschäftsjahres handelt es sich nicht um eine rechnerische Teilmenge der Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt; sie sind kein rechnerischer Bestandteil des Anlagespiegels.

²⁾ Bei der Wertfortschreibung der Finanzanlagen bleiben die abgegrenzten antizipativen Zinsen unberücksichtigt

Passiva

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die unter Posten 1 b) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	1.560 TEUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.547 TEUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.013 TEUR
- mehr als fünf Jahre	22.392 TEUR

Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 45.429 TEUR

Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände 31.134 TEUR

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die unter Posten 2 a) Unterposten ab) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	8.261 TEUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.732 TEUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.169 TEUR
- mehr als fünf Jahre	158 TEUR

Die unter Posten 2 b) Unterposten bb) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	6.457 TEUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.992 TEUR

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.311 TEUR
- mehr als fünf Jahre	2.611 TEUR

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen,
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	5.287 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	5.701 TEUR

Posten 4: Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Posten 5: Sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen,
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	291 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	0 TEUR

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem höheren

Nominalbetrag sind enthalten mit	118 TEUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	152 TEUR

Posten 7a: Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 804 TEUR. Hiervon unterliegen 460 TEUR der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB, da im Vorjahr in diesem Zusammenhang bereits ein Betrag von 344 TEUR der (Sicherheits-) Rücklage zugeführt wurde.

Passivposten 1 und 2 unter dem Bilanzstrich

Bei den unter Posten 1b) unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um übernommene Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Auch haben sich in den letzten Jahren nur unbedeutende Ansprüche Dritter ergeben. Zum Abschlussstichtag bestanden keine Rückgriffsforderungen, Regress- oder Erstattungsansprüche.

Sollte im Ausnahmefall aus einer Eventualverbindlichkeit ein Verlust drohen, werden hierfür Rückstellungen gebildet und die unter der Bilanz ausgewiesenen Beträge entsprechend gekürzt.

Für die Darlehensschuld eines Dritten mit unbestimmter Laufzeit haftet die Sparkasse anteilig für den Zinsdienst (derzeit 5,135 % auf einen Kapitalbetrag von 1.152 TEUR) und für ggf. anfallende Steuern sowie ggf. Kosten.

Durch die künftige Inanspruchnahme der unter Posten 2c) ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen entstehen nach den Erkenntnissen des Bilanzstichtages werthaltige Forderungen. Insoweit bestehen auch hier keine Anhaltspunkte dafür, dass sich mit einer Inanspruchnahme seitens der Kreditnehmer bereits Vermögensbelastungen der Sparkasse verbinden.

Im Passivposten 2c) Unwiderrufliche Kreditzusagen unter dem Strich tritt folgendes Einzelgeschäft mit wesentlicher Bedeutung für die Gesamttätigkeit der Sparkasse hervor:

Ein Festkredit über 5.000 TEUR mit einer Laufzeit bis zum 21. Oktober 2021.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 1: Zinserträge

In diesem Posten sind periodenfremde Erträge in Höhe von 193 TEUR enthalten. Es handelt sich insbesondere um Vorfälligkeitsentschädigungen (99 TEUR).

Posten 3a: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

Enthalten sind Erträge aus Anlagen in Spezialfonds in Höhe von 213 TEUR, die in Vorjahren im Fonds thesauriert und im Geschäftsjahr 2017 ausgeschüttet wurden.

Posten 5: Provisionserträge

Etwa ein Drittel der gesamten Provisionserträge stammt aus den für Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.

Posten 8: sonstige betriebliche Erträge

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen resultieren 308 TEUR aus der Auflösung von Rückstellungen.

Posten 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Der Posten enthält periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 327 TEUR. Sie entfallen im Wesentlichen auf die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (323 TEUR).

Posten 12: sonstige betriebliche Aufwendungen

Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren 664 TEUR aus Aufwendungen zu Altersteilzeitverträgen, 291 TEUR aus einer Sonderumlage an den SVN zur Reduzierung der Fremdfinanzierungen des Beteiligungsportfolios und 215 TEUR aus einer Spende an die Regionalstiftung der Niedersächsischen Sparkassen.

Posten 25: Jahresüberschuss

Die in früheren Jahren vorgenommenen steuerrechtlich bedingten Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wirkten sich im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in niedrigeren planmäßigen Abschreibungen aus. Unter Berücksichtigung der hieraus resultierenden ertragssteuerlichen Auswirkungen übersteigt das ausgewiesene Ergebnis den ohne diese Maßnahmen auszuweisenden Betrag um rund 58 TEUR.

Posten 27: Bilanzgewinn

Der Verwaltungsrat wird den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in seiner Sitzung am 15. Juni 2018 feststellen. Der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses sieht vor, den Bilanzgewinn über 365.162,55 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Sonstige Angaben

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsregelungen zwischen Handels- und Steuerbilanz inklusive negativer und positiver Anleger-Aktien-/Immobilien Gewinne bestehen zum 31. Dezember 2017 Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 196 TEUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei Forderungen an Kunden und Rückstellungen. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte bilanzpostenbezogen und unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 29 %. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

Termingeschäfte

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Geschäfte betreffen Zinsswapgeschäfte mit einem Nominalwert von 11.000 TEUR (Zeitwert saldiert 344 TEUR). Die Zeitwerte wurden als Barwerte zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fand die Swap-Zinskurve per 29.12.2017 Verwendung. Die Restlaufzeit bei allen Swapgeschäften beträgt über 5 Jahre. Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich ausschließlich um deutsche Kreditinstitute. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gegenüber dem Einlagensicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe bestehen unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 62 TEUR, für die Vermögensgegenstände verpfändet sind.

Organe der Sparkasse

Verwaltungsrat

Vorsitzende:

Dr. Sabine Michalek
Bürgermeisterin

Mitglieder nach § 11 NSpG:

Walter Schmalzried
(1. stellv. Vorsitzender – bis 06.02.2017)
Geschäftsführer eines Textilkaufhauses

Rainer Koch
Kaufmann/Vorstand einer Immobilienprojektentwicklungs- und Investitionsgesellschaft i. R.
(bis 06.02.2017)

Dirk Ebrecht
Leiter der Unternehmenskommunikation in einem Bau- und Immobilienkonzern

Hans-Joachim Nehring
freier Mitarbeiter eines Inventurdienstleistungsunternehmens i. R.

Margrit Cludius-Brandt
Büroangestellte einer Rechtsanwaltskanzlei
(bis 06.02.2017)

Henning Thörel
Verwaltungsangestellter bei der Landeshauptstadt Hannover
(bis 06.02.2017)

Martin Wehner
Bürgermeister i. R.

Alexander Kloss
(1. stellv. Vorsitzender – ab 07.02.2017)
Marketing- und Vertriebsleiter einer Kulturstiftung
(ab 07.02.2017)

Frank-Dieter Pfefferkorn
selbstständiger Steuerberater
(ab 07.02.2017)

Marc Hainski
selbstständiger Rechtsanwalt
(ab 07.02.2017)

Mitglieder nach § 110 NPersVG:

Lothar Richter
(2. stellv. Vorsitzender)
Gewerkschaftssekretär

Doris Grote
Mitarbeiterin Innenrevision (Personalratsvorsitzende)

Matthias Lutat
Mitarbeiter Kreditsachbearbeitung
(bis 06.02.2017)

Wiebke Kley
Leiterin Organisation

Ariane Lang
Individualkundenberaterin
(ab 07.02.2017)

Vorstand:

Stefan Beumer
Vorstandsvorsitzender

Carsten Sowa
Vorstandsmitglied

Vorstandsvertreter:

Im Falle der Verhinderung wird
der Vorstand vertreten durch:

Frank Klenke
Volker Vahldieck (ab 01.11.2017)

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 48 TEUR.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und deren Hinterbliebenen sind 3.058 TEUR zurückgestellt worden. Die laufenden Bezüge betragen im Geschäftsjahr 253 TEUR.

Die Vorschüsse und Kredite einschließlich eingegangener Haftungsverhältnisse an den Vorstand betragen 744 TEUR, an die Mitglieder des Verwaltungsrats waren 752 TEUR ausgereicht.

Wir beschäftigten im Jahresdurchschnitt:

	2017		
	männlich	weiblich	gesamt
Vollzeitbeschäftigte	45	29	74
Teilzeitbeschäftigte	3	37	40
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	48	66	114
Auszubildende	6	4	10
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	54	70	124
	<hr/>	<hr/>	<hr/>

Für Abschlussprüfungsleistungen sind im Geschäftsjahr 2017 175 TEUR aufgewendet worden. Auf andere Bestätigungsleistungen des Abschlussprüfers entfielen Aufwendungen in Höhe von 20 TEUR. Aufgrund einer Fehleinschätzung des Rückstellungsbedarfs für Abschlussprüfungsleistungen wurde das Honorar im letzten Geschäftsjahr um 3 TEUR zu hoch angegeben; der Auflösungsertrag aus der Rückstellung wird unter Posten 8 der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Einbeck, den 12. April 2018

Sparkasse Einbeck

D e r V o r s t a n d

Stefan Beumer

Carsten Sowa

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2017
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparkasse Einbeck hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Einbeck besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Einbeck definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 16.229 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 100.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 1.846 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 1.457 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Einbeck hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparkasse Einbeck

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparkasse Einbeck - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sparkasse Einbeck für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres

Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Sparkasse unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe f) EU-APrVO i. V. m. § 340k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Forderungen an Kunden
2. Bewertung der Beteiligung am Sparkassenverband Niedersachsen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt aufgebaut:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung der Forderungen an Kunden

a) Für die Sparkasse stellen die Forderungen an Kunden ein maßgebliches Geschäftsfeld dar. Durch Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft können sich wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss insbesondere auf die Ertragslage der Sparkasse ergeben. Bei der Bewertung einzelner Kundenforderungen ist das Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers, d. h. insbesondere die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer seinen ver-

traglichen Leistungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann (Ausfallwahrscheinlichkeit), maßgeblich. Die Sparkasse bewertet ihre Kundenforderungen mit den in der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringsystemen. Zur Bestimmung des Kreditrisikos werden die Kreditnehmer entsprechend ihrer individuellen Ausfallwahrscheinlichkeit einzelnen Ratingklassen zugeordnet. Bei der Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit bestehen allerdings Ermessensspielräume. Daneben ist die Bewertung der Sicherheiten von besonderer Bedeutung. Dabei haben einzelne Bewertungsparameter bedeutsame Auswirkungen auf den Ansatz der Sicherheiten und damit ggf. auf die Wertberichtigungen und die Höhe der Forderungen.

b) Wir haben im Rahmen unserer vorgezogenen Prüfung die von der Sparkasse eingerichteten Prozesse zur Bewertung der Kundenforderungen nachvollzogen. Die relevanten Kreditprozesse sowie die Ausgestaltung und Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems haben wir auf Basis der Organisationsrichtlinien beurteilt. Daneben haben wir Prüfungshandlungen zur Wirksamkeit dieser Prozesse vorgenommen. Bei einer risikoorientierten Einzelfallprüfung von Kundenkreditengagements haben wir anhand der vorliegenden Unterlagen die von der Sparkasse vorgenommene Beurteilung des kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisikos sowie die Bewertung der Kreditsicherheiten bei ausfallgefährdeten Forderungen und der dabei zugrunde gelegten Bewertungsparameter gewürdigt. Die vom Vorstand zur Bewertung der Forderungen eingerichteten Kreditprozesse sind angemessen und wirksam.

c) Informationen zur Bewertung der Forderungen an Kunden sind im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellung im Lagebericht (Abschnitt Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage; Ertragslage).

2. Bewertung der Beteiligung am Sparkassenverband Niedersachsen

a) Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 werden Beteiligungen mit Buchwerten in Höhe von 4,7 Mio. EUR ausgewiesen. Die Buchwerte entfallen im Wesentlichen auf die Beteiligung der Sparkasse am Sparkassenverband Niedersachsen. Dieser hält u. a. eine Beteiligung an der Norddeutschen Landesbank Girozentrale. Für die Bewertung der Beteiligung ist es erforderlich, auf Bewertungsmodelle zurückzugreifen, da weder für die unmittelbare Beteiligung noch für die mittelbaren Beteiligungen regelmäßig beobachtbare Marktpreise vorliegen, die zu einer Wertfindung beitragen. Da die in die Bewertung einfließenden Parameter die Wertermittlung wesentlich beeinflussen, war dieser Sachverhalt angesichts der Höhe des Beteiligungsbuchwerts im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Im Rahmen der Prüfung haben wir die Vorgehensweise des Vorstands der Sparkasse nachvollzogen und das Interne Kontrollsystem der Sparkasse zur Bewertung der Beteiligung beurteilt. Die für die Bestimmung des Wertansatzes herangezogenen Unterlagen haben wir in Bezug auf deren Eignung, Aktualität, Methodik und ihrer Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die der Wertermittlung zugrunde liegenden Ausgangsdaten der Unternehmensplanung, der Wertparameter sowie der getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie in vertretbaren Bandbreiten liegen. Die vom Vorstand angewandten Bewertungsparameter und -annahmen konnten von uns nachvollzogen werden und liegen innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

c) Informationen zur Bewertung der Beteiligungen und zur Beteiligung der Sparkasse am Sparkassenverband Niedersachsen sind im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und zum Bilanzposten Aktiva 7 enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellung im Lagebericht (Abschnitt Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage; Ertragslage).

Verantwortung des Vorstands und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten Internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im Internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind nach § 23 Abs. 2 Satz 1 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserem Bericht nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) im Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Sven Gottschalk.

Hannover, den 26. April 2018

Prüfungsstelle des
Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbandes

Sven Gottschalk
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Vorstand hat den Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2017 regelmäßig und zeitnah über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftliche Lage der Sparkasse sowie über besondere Sachverhalte unterrichtet. Der Verwaltungsrat hat in sechs Sitzungen die ihm nach dem Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahrgenommen, die erforderlichen Beschlüsse gefasst und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht.

Der Verwaltungsrat billigt den Lagebericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2017. Er hat von dem schriftlichen und in seiner Sitzung am 15. Juni 2018 zusätzlich vom mündlichen Bericht der Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Niedersachsen Kenntnis genommen und daraufhin den Jahresabschluss 2017 in der geprüften Fassung mit einer Bilanzsumme von 549.666.590,28 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss beträgt 365.162,55 EUR. Eine Vorwegzuführen zur Sicherheitsrücklage soll nicht vorgenommen werden. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, den vollen Bilanzgewinn der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2017.

Einbeck, den 15. Juni 2018

Die Vorsitzende des Verwaltungsrates

Dr. Sabine Michalek
Bürgermeisterin